

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.30 Mk. halbjährlich, 6.00 Mk. jährlich, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mk. pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die fechtspaltige Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 13. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zum Aufbau der Landesorganisation für Preußen.

Als die Berliner Parteileitung vor einem Jahre ihren Entwurf für eine preussische Landesorganisation veröffentlicht hatte, wurde von den meisten Kritikern eine größere Selbständigkeit der Landesorganisation gefordert, als sie der Vorschlag vorsah. Von Verteidigern des Entwurfs wurde dagegen darauf hingewiesen, daß eine weitergehende Selbständigkeit eine Gefährdung der Reichsorganisation der Partei bedingte.

Die Reichsorganisationslösung brachte die Diskussion über die Sache zum Stillstand, und bisher ist von keiner Seite wieder darauf eingegangen worden, trotzdem derselbe Organisationsentwurf in unüberlegter Fassung aufs neue veröffentlicht worden ist.

Die Frage ist aber von großer Wichtigkeit und wohl wert, vor dem Zusammenritt des zweiten preussischen Parteitages noch ernstlich erwogen zu werden.

Die Elemente, aus denen die Landesorganisation für Preußen zusammenzufügen ist, sind ganz dieselben, aus denen in den beiden anderen größeren Bundesstaaten, in Sachsen und Bayern, die Landesorganisationen bestehen: aus den zu Bezirksverbänden zusammengeschlossenen Wahlkreisvereinen. Die Grundlage der Landesorganisation bilden also die Fundamente der Reichsorganisation. Damit ergeben sich auch von selbst als ihre ausführenden Organe: in den Wahlkreisen die Kreisvorstände, in den Bezirken die Bezirkskomitees. Weiter ist natürlich ein Organ notwendig, durch das die Zusammenfassung der Bezirksverbände des ganzen Landes erfolgt: die Landeskommission. Hierdurch ergibt sich nunmehr die Forderung, diese Landeskommission zu bilden aus je einem Mitglied jedes der 22 preussischen Wahlkreisvereine. Daß außerhalb dieser Komitees stehende Genossen nicht für die Landeskommission in Frage kommen können, folgt aus der Notwendigkeit, jedes Agitationszentrum eines Bezirks personell mit der Landeszentrale zu verbinden. Die Bestimmung der Person kann ruhig den einzelnen Bezirkskomitees überlassen werden. Die Ungleichheit der einzelnen Bezirksverbände in der Zahl der Wahlkreise resp. der Mitglieder kann durch einen entsprechenden Abstimmungsmodus berücksichtigt werden.

Die aus allen Bezirken des Landes zusammengesetzte Landeskommission braucht selbstverständlich ein ausführendes Organ: einen geschäftsführenden Ausschuss. Was liegt wiederum näher, als mit den Funktionen dieses Ausschusses die engere Parteileitung desjenigen Bezirksverbandes zu betrauen, der seinen Sitz im Zentrum des politischen wie des Parteilebens im ganzen Lande hat? Somit haben der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer der Parteileitung die Aufgabe, die Landeskommission zu bilden, wenn man denselben, was das praktisch Richtige scheint, aus drei Personen zusammenlegen will.

Bei einem solchen Aufbau der Landesorganisation wird jeder Dualismus vermieden, nirgends wird ein Organ neben dem anderen, sondern überall werden die Organe der Landesorganisation in die der Gesamtpartei hineinverlegt. Die Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Organisation bleibt also eine vollkommene.

Im vorigen Jahre war teils vorgeschlagen worden, einen besonderen geschäftsführenden Ausschuss zu wählen, der neben die bestehenden Organe der Reichsorganisation gestellt werden sollte. Dabei mag den Befürwortern dieses Ausschusses die gleiche Einrichtung in den übrigen Landesorganisationen vorgeschwebt haben. In Sachsen und Bayern z. B. steht ein solches Zentralkomitee resp. ein solcher Landesvorstand neben und über den Bezirkskomitees resp. Gauvorständen. In Preußen aber würde damit ein verhängnisvoller Dualismus geschaffen, da Berlin zugleich der Sitz des deutschen Parteivorstandes ist, dessen Tätigkeit nicht zum wenigsten auch in der Förderung der Agitation in Preußen besteht. Fortgesetzte Reibungen und Kompetenzstreitigkeiten ähnlicher Art, wie sie in den neunziger Jahren lokal zwischen Parteivertrauensmann und Parteivorstand entstanden, müßten die notwendige Folge eines solchen Zustandes sein. Soll deshalb dem deutschen Parteivorstande die Leitung der Agitation in Preußen auch ferner verbleiben, so darf der geschäftsführende Ausschuss der Landesorganisation nicht in der erwähnten Weise zusammengesetzt, sondern nur in die Spitze der Parteileitung der Großberliner Organisation gelegt werden. Er soll überhaupt mehr ein Administrationsorgan zur festen Zusammenschließung aller Organisationsglieder in Preußen und zur früheren Inangriffnahme von Aktionen, als ein ausgesprochenes politisches Führungs- und Aktionsorgan sein. Die politische Führung muß Aufgabe des Vorstandes der Gesamtpartei bleiben, der z. B.

die laufende Sammlung, Sichtung und Verarbeitung des preussischen Besetzungs- und Verwaltungsmaterials durch das neu zu errichtende Preßbureau mit vornehmen lassen kann. Die ganzen Geschäfte der Landeskommission und ihres geschäftsführenden Ausschusses müssen im Einverständnis mit dem deutschen Parteivorstand geführt werden. Insbesondere bedürfen alle Beschlüsse, deren Durchführung die Aktionsfähigkeit der Parteigenossen Preußens in erheblichem Grade in Anspruch nimmt, der Zustimmung des Parteivorstandes, der zu allen Sitzungen der Landeskommission einzuladen ist. Im allgemeinen dürfte es sich empfehlen, daß die Landeskommission zweimal im Jahre, vor Beginn der Frühjahrs- und vor Beginn der Herbstagitation zusammentritt, nach Bedarf auch öfter. Daß die höchste Instanz der Landesorganisation eine Delegiertenversammlung bilden muß, die von den einzelnen Wahlkreisorganisationen besetzt wird, ist eine selbstverständliche demokratische Forderung.

Aus dem ganzen Aufbau, wie er von mir für die Landesorganisation befürwortet wird, erhellt ohne weiteres, daß die Entrichtung bestimmter regelmäßiger Beitragsleistungen der Wahlkreise oder Bezirksverbände an die Landeskommission nicht in Frage kommen kann. Die Mittel für die Aktionen müssen vielmehr genau so wie bisher in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirksverbänden aufgebracht werden. Durch die Landesorganisation entstehen lediglich geringfügige persönliche und sachliche Verwaltungskosten. Die Unkosten für die Kreisdelegationen zu den Landeskonferenzen muß jeder Kreisverein, die Unkosten der Zusammenkünfte der Landeskommission jedes Bezirkskomitee tragen und die Verwaltungskosten des geschäftsführenden Ausschusses werden durch Umlageverfahren von den einzelnen Bezirksverbänden erhoben. So ist die Regelung der Kostenfrage die denkbar einfachste.

Der Organisationsentwurf der Berliner Parteileitung bewegt sich wohl in derselben Richtung wie die vorstehenden Ausführungen, aber er bleibt auf halbem Wege stehen, er zögert noch, überall die Konsequenzen zu ziehen, zu denen die ganze Entwicklung der Parteileitung in dieser Frage hindrängt. Dadurch erhält der Entwurf das Gepräge der Halbheit und Unentschiedenheit. So spricht der Entwurf nirgends klar und bestimmt aus, daß sich die Landesorganisation auf die Wahlkreisorganisationen und Bezirksverbände aufbauen soll, nichtsdestoweniger ist von ihnen verschiedentlich die Rede; ebenso steht es mit den Organen dieser Organisationsglieder. Bei der Zusammenfassung der Landeskommission ist statt der Bestimmung der einzelnen Mitglieder durch die Bezirkskomitees die Wahl derselben auf der Landeskonferenz vorgesehen. Statt eines aus drei Berliner Genossen bestehenden geschäftsführenden Ausschusses soll ein solcher aus drei Personen gebildet werden, von denen nur einer, der Obmann, in Berlin wohnen muß. Alle diese Bestimmungen scheinen mir der Besorgnis zu entspringen, die preussische Landesorganisation könne die Reichsorganisation beeinträchtigen. Das wird aber durchaus nicht der Fall sein, wenn die Landesorganisation in der von mir entwickelten Weise aufgebaut wird. Zum ersten Preuhentage, Ende 1904, hätte der Entwurf der Berliner Parteileitung noch der Situation, vor allem auch der Entwicklung der Organisation entsprochen, heute aber, zwei Jahre nach Schaffung des Jenaer Organisationsstatuts und zu Beginn unserer zweiten Wahlrechtsaktion in Preußen wird er dem Stande der allgemeinen Organisationsentwicklung und der geschaffenen politischen Situation, die die straffe Konzentrierung unserer Kräfte fordern, nicht mehr gerecht. Dieser Erkenntnis dürften sich wohl auch die Verfasser des Entwurfs nicht verschließen, so daß die Hoffnung vorhanden ist, in voller Einmütigkeit die preussische Landesorganisation ins Leben rufen zu können als vollwertiges und vollentwickeltes Glied am Organisationskörper der Gesamtpartei.

Einen Organisationsentwurf, der den Lorz der Berliner Parteileitung im Sinne meiner Darlegungen zu vervollständigen sucht, hat am 6. Oktober der erste Landesparteitag für Hessen-Rhassau (Bezirksverbände Kassel und Frankfurt) dem preussischen Parteitag als Antrag vorzulegen beschlossen. Die ersten fünf Paragraphen haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Zur Wahrnehmung gemeinsamer Parteinteressen bilden die sozialdemokratischen Vereine der Reichstagswahlkreise Preußens gemäß § 5 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei eine Landesorganisation, deren Mitglieder die Wahlkreisverbände sind.

§ 2. Organe der Landesorganisation sind: Die Landeskommission und deren geschäftsführender Ausschuss, die Bezirkskomitees und die Vorstände der Wahlkreisorganisationen.

§ 3. Die Landeskommission besteht aus je einem Mitglied jedes Wahlkreisvereins in Preußen; jedes Komitee bestimmt das betreffende Mitglied selbst und hat eventuell für dessen Vertretung zu sorgen. Als geschäftsführender Ausschuss der Landeskommission fungieren der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer der Parteileitung Groß-Berlins.

§ 4. Die Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuss haben die Parteigeschäfte im Einverständnis mit dem Parteivorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen.

Insbesondere bedürfen alle Beschlüsse, deren Durchführung die Aktionsfähigkeit der Parteigenossen Preußens in erheblichem Grade in Anspruch nimmt, der Zustimmung des Parteivorstandes, der zu allen Sitzungen der Landeskommission einzuladen ist.

Die Landeskommission tritt in der Regel im Frühjahr und im Herbst jedes Jahres zusammen. Außerdem muß sie vor der Einleitung aller für ganz Preußen geplanten wichtigen Parteifaktionen zusammenberufen werden, wenn auf anderem Wege die erforderliche Verständigung nicht erzielt werden kann.

§ 5. Die höchste Instanz der Landesorganisation ist die Landeskonferenz. Sie findet alle zwei Jahre statt und ist von der Landeskommission einzuberufen.

- Zur Teilnahme an der Landeskonferenz sind berechtigt:
1. Die Delegierten der Wahlkreisvereine, mit der Maßgabe, daß Vereine bis 1000 Mitglieder einen, bis 3000 Mitglieder zwei, bis 5000 Mitglieder drei, bis 10 000 Mitglieder vier, und über 10 000 Mitglieder fünf Delegierte zu wählen berechtigt sind;
 2. Die Delegierten der sozialdemokratischen Frauen Preußens;
 3. Die sozialdemokratischen Reichstags- resp. Landtagsabgeordneten Preußens;
 4. Die Landeskommission.

Dem preussischen Parteitag ist beim Punkt „Landesorganisation“ die Frage gestellt:

Will die preussische Parteigenossenschaft zunächst nur den halben Schritt nach vorwärts tun, den ihr der Berliner Organisationsentwurf vorschlägt, oder will sie sofort in einem ganzen herzhafte Schritt den Platz einnehmen, den sie in der Organisation der Gesamtpartei über kurz oder lang doch wird einnehmen müssen? Und da meine ich, sollte die preussische Parteigenossenschaft sich für das Letztere entscheiden!

B. D. m.

Freilinn.

Nicht allein von Niederlagen, nein, auch von festlichen Gelagen, auf denen die Freiheit am besten gelungen, weiß die Geschichte unseres entsehbaren Liberalismus viel zu erzählen. Wenn eine lästige Raulesehe Schule aus den Alten die Geschichte des deutschen Verfassunglebens schreiben wird: die Tischlieder und Menüs der Freilinnfeste werden dort an vornehmster Stelle prangen. Nicht am 11. November 1907 sondern schon am 20. September 1863 hat ein gewisser Ferdinand Laßalle in seiner Rede über die Feste, die Presse und den Frankfurter Abgeordnetentag die Sache ausgeprochen:

Wohin das Auge sah in Deutschland, wohin der Wind fiel in deutschen Zeitungen — überall las, sah, hörte man von Festen, Beschädigung von Festen usw. Was feierten diese Wertwächtigen? Während die Lage des Landes so ist, daß man in Sad und Ache geben sollte, feiern sie Feste. Um sich den realen Kampf zu ersparen, feiern sie Feste, stimmen die Geschlagenen hinter Wein und Braten Siegesohmnen an. Wie die römischen Sklaven schon durch ihre Saturnalien zeigten, daß sie sich durch diese illusorische Freiheit eines Tages willig abgaben mit der Sklaverei eines ganzen Jahres, so zeigen auch unsere Fortschrittler schon durch ihre illusorischen Siegesfeste jedem Tiefesblidenden hinreichend, daß sie auf den realen Kampf und Sieg verzichten. Als Spartacus mit den Seinen das Gatter des römischen Sklavenaufstandes erhob, um aus Sklaven freie Männer zu machen, da feierte er keine Saturnalien mehr.

Und was für Feste hat die alte Kaiserstadt am Main, dieser Hochsitz echten, alten deutschen Bürgerstums, schon erlebt! Von den glorieichen Tagen von 1848 an, wo alles in einer Nahrung schwamm, bis die Schiffe des Fürsten Windischgrätz und des Karaischenprinzen sie aufschwanden und wieder den Nacken ins alte Joch beugen hießen — dann das herrliche, Freiheit und Einheit verkündende Schützenfest von 1863, wo der wackere Schützen-Ernst von Koburg-Gotha, mit seinen Wliden nach der Kaiserkrone schielend, mit dem freien deutschen Bürgerstmann in Reich und Glied marschierte. Nach der bitteren Episode von 1866 der Frankfurter Friede von 1871, durch den herrlich erfüllt wurde, was geschrieen stand: Ein Reich, Ein Kaiser, Eine Polizei- und Postverwaltung im neuen Junterreiche. Und nach den Jahren der Reaktion nun die neuen Kundgebungen sieghaften Bürgergeistes: die Friedensfeier von 1890 und noch so manche bis zur Krönung durch die neue liberale Sieges- und Einheitsfeier am Tage der Schiller und Robert Blum im gesegneten Jahre des Wilow-Blods! Und das war die mer weiß wieviel liberal-demokratische Verbrüderungsfeier mit festlichem Vorabend und festlichem Schlußessen, die Alt-Frankfurt gesehen hat. Wenn die ausgefuchtesten Feitredner, die Müller-Meinigen und Raumann, den Bund gesegnet und des großen Tages große Bedeutung dem lauschenden Volke verkündet haben; wenn es gehört hat, daß nur die Freiheit dem Deutschen Reiche gebeden kann und daß seine freisinnigen Führer „unenntweg!“ der Freiheit treu bleiben werden: sollte das nicht ein Tag sein, der das Herz erhebt, von dem man in Nahrung noch dem Entel erzählen wird?

Und warum nicht? Die Geschäfte sind in den letzten Jahren prächtig gegangen, und für die kommenden mageren Jahre, da die Arbeiter zu Hunderttausenden auf der Straße liegen werden, hat man durch Reserwefonds gut vorgesorgt. Und die Frankfurter Lehrer brauchen nicht mit König Anton von Sachsen zu fragen: Dürfen wir denn das? Ja, sie dürfen freisinnig-demokratisch sein. Und sie finds aus vollem Herzen — gerade, wie sie im benachbarten Hessen nationalliberal, im fernen Medienburg und Ostelbien — denen ja auch die Sonne Wilsons leuchtet — konjervativ sein dürfen und es auch sind aus vollem Herzen.

Und eine Siegesfeier war es doch. Frech genug, wer mit Raffale von Niederlagen und Sklavenzeiten reden wollte! Hat nicht der Liberalismus seine Auferstehung am 25. Januar und 5. Februar glorieus gefeiert? Hat er nicht mit national-liberaler und konservativer Hilfe am 25. Januar ein knappes Neuntel aller Wählerstimmen auf sein „Programm“ geeinigt; fast zwei Drittel des 20 Jahre früher zur Zeit seiner Reichsfeindschaft (sic sei in ewige Nacht gelaufen!) und knapp die Hälfte des 1881 zur Zeit seiner schärfsten Opposition gegen den ersten Reichskanzler aufgegebenen Stimmenanteils! Hat er nicht mit bundesgetreuer Unterstützung der Konservativen und Antisemiten, geführt von Reichskanzler und Flottenminister, von Flottenminister und Reichslügenverband, von Brotverweirern und Genossenschaftsfeinden, fast ein Dutzend Mandate mehr errungen als 1903, fast halb soviel als vor 25 Jahren? Haben sie nicht dem nationalen Block, Konservativen, Agrariern, Mittelständlern, Antisemiten, gut drei Dutzend Mandate zugeschanzt? Welche Siege!

Und wie wunderbar hat sich die Konstellation am politischen Himmel geändert! Ist nicht Studt gegangen? Durfte nicht ein anderer Name unter das besätigte Verbot des freien Kindergartens in Charlottenburg gesetzt, im Namen eines anderen das Attentat gegen die Verfassung in Potsdam verübt werden? Dürfen sie nicht reden nach Belieben vom Reichstagswahlrecht zu den Landtagen — selbst dort, wo sie und ihre Freunde noch vor kurzem selbst das bestehende ungleiche Landtagswahlrecht haben verschlechtern helfen?

Ja, es sind herrliche Tage ins Land gekommen. Herr Müller-Reinigen, der Ueich von Outten dieser Zeit, darf die Ueberwindung des Zentrums preisen an demselben Tage, wo der Berliner Stadtfreier Lehrer aus der Schuldeputation weiß, was Pfaffen für sie einzusehen — wo ein ernsthafter Politiker, Herr von Scheidebrand und der Lasa, der eine Nacht hinter sich weiß, den erneuten Block von Konservativen und Zentrum ankündigt, darf. Und während die Berliner Börse kurz nach der Ernte einen Roggenpreis von 212.50 notiert, wie er seit Jahrzehnten im Jahresdurchschnitt nicht erhöht war, hören wir die alten Apostel des Freihandels in allen Zungen schweigen über die ungeheureliche Volkswucherung durch Junker und Syndikate. Kein Wort von einem ernsthaften Kampf gegen das Dreiklassenystem, kein Wort von Zweierlei- und Zehnerlei-Recht in Preußen-Deutschland, dem schmutzigen Verhältnis zu dem blutigen Barismus, von der Schmach unserer Schulzustände, der erdrockelten Selbstverwaltung! Wie dürfte man das zu einer Zeit, wo man eine Reihe neuer Ordensritter und Kommerzienräte unter sich zählt; wo die liberale Terraininspektulation des Anteils am Reichstagspräsidium gemürdigt wurde, dessen Spitze man — hoch die Geistesfreiheit! — statt eines katholischen einem lutherischen Pseudajunker gesichert hat; wo der Rothhausherr der stolzen Hoffnung leben darf, seine Schulungsadresse von Ihrer Majestät huldvoll entgegengenommen zu sehen. Nun noch mit Jubel die neuen Panzergeschwader, die neuen Maschinenmordabteilungen bewilligt, den Lehrlingen, den Polen das Versammlungrecht geraubt. Vielleicht gar das Reichs-Brantweinmonopol dem bankrotten Besieger der Eulenburggründe apporriert. . . . „Herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen!“ Führt wahr, sie sind erfüllt. Moses-Bilow weist ihnen vom Berge herab das Land der Verheißung und frohlockend tanzen in seinem Gefolge die Fischbeck und Kopsch, und in deren Gefolge die Hausmann und Raumann um die neue Bundeslade. Mögen die Parth und Gothein, die Gerlach und Breitscheid weiter in der Wüste irren — das gelobte Land ist erreicht! Und von der vollen und ganzen Eroberung des Wahlrechts darf weiter geredet werden. . .

Will man die Freiheit rücklings meucheln,
Die man doch lobt ins Angesicht,
Wir wollen, echtdeutsch, Dummheit heucheln,
Als merkten wir das Meucheln nicht.

Wir nehmen wedelnd jede Phrase
Schdeutsch für bare Münze an,
Weil die heuchelnde deutsche Nase
Tatsächlich nicht spüren kann.

Wir nehmen jedes Halbversprechen,
Ob man auch in der Zeiten Lauf
Und Hunderte schon möchte brechen,
Schdeutsch, mit neuem Jubel auf.

Hat Ferdinand von Sallet vor mehr denn 60 Jahren die Frankfurter Verbrüderung vorausgesehen? Ach, er hat ihnen doch Unrecht getan, wenn er in seiner „Abfertigung der zahmen Propheten“ sagte:

Schmach euch Feigen, die nichts wagen!
Kein Verdienst ist's um die Zeit,
Einem Freund ins Ohr zu sagen,
Dah ihr Liberale seid.

Schreien sie es nicht jedem in die Ohren!

Die Krise und ihre Opfer.

Die Krise, die über den Weltmarkt jetzt hereinbricht, droht einen besonders schweren Charakter anzunehmen. Die Folgen der Arbeitslosigkeit werden verschärft durch die gleichzeitige Steigerung aller wichtigen Lebensmittelpreise. Wenn im vorigen Jahre noch die Hochkonjunktur für eine kurze Spanne Zeit imstande war, die schlimmen Folgen des neuen Zolltarifs zu mindern, so machen sich jetzt dessen Wirkungen um so mehr bemerkbar. Bedeutete sonst die Krise meist auch ein Heruntergehen der Preise, so werden jetzt die Preise sowohl der landwirtschaftlichen Produkte als der kartellierten Industrien trotz der Krise um den vollen Betrag der Zölle über den Weltmarktpreis gehalten. Für die landwirtschaftlichen Produkte haben wir aber infolge eines schlechteren Ernteausfalles auf diese Weise direkt mit Notpreisen zu rechnen. Während die Beschäftigung abnimmt, die bisherige Lohnhöhe bedroht ist, haben die Lebensmittelpreise einen Stand erreicht, wie sonst nur in eigentlichen Hungerjahren. Das wichtigste Lebensmittel, der Roggen, ist seit 1905 um 37 Proz. im Preise gestiegen. Und der höchste Stand ist noch nicht erreicht; erst heute wieder hat der Roggen den bisherigen Höchstpreis überschritten. Ebenso sind aber auch alle anderen Lebensmittel im Preise gestiegen. Die Preissteigerung beträgt im Vergleich mit dem Stande vor 10 Jahren fast ein Drittel. Die Sozialdemokratie hat bei den Beratungen des neuen Zolltarifs auf diese unausbleiblichen Wirkungen hingewiesen, sie mit aller Macht zu verhindern versucht. Jetzt wird das deutsche Volk die Wirkungen des Schutzollsystems an seinem eigenen Leibe spüren. Das Schutzollsystem hat die Kartelle erst dazu befähigt, den inländischen Markt vor jeder ausländischen Konkurrenz zu schützen und den Monopolgewinn dadurch zu steigern, daß auf dem inländischen Markte die Waren um den ganzen Betrag des Schutzollzoll teurer verkauft werden, als im Auslande. Verteidiger des Systems haben versprochen, daß die Kartelle durch ihre Organisationen imstande sein werden, die Schäden einer Krise zu vermeiden.

Nun stellt sich das Unsinnsige der Hoffnung, in einer auf Anarchie begründeten Wirtschaftsweise, wie der kapitalistischen, Krisen durch Privatmonopole zu beseitigen, klar heraus. Die Kartelle bewirken nur dasjenige, was das Monopol an Grund und Boden bewirkt: die Hochhaltung der Preise zugunsten einer Anzahl von Monopolisten auf Kosten der Gesamtbevölkerung. Aber Grundrentner und Kapital könnten die Ausplünderung des Volkes nicht bis zu diesem unerträglichen Grade steigern, wenn sie nicht die kapitalistische Staatsmacht so vollständig beherrschten. Es ist der Staat, der durch seine Schutzollmauern die darbenenden Massen der Bevölkerung von den landwirtschaftlichen Produkten künstlich abschließt. War die Fleischteuerung und die Getreideteuerung ein Verbrechen an der Volksgesundheit schon in Zeiten der Hochkonjunktur, so können sie um so weniger ertragen werden in den Zeiten der Depression. Mit allem Nachdruck muß deshalb Regierung und Reichstagsmajorität vor die Frage gestellt, was sie gegenüber den Gefahren der Lebensmittelteuerung zu tun gedenkt.

Wir wissen sehr wohl, daß die Aufhebung der Getreidezölle in diesem Jahre die Getreidepreise noch immer nicht auf ein erträgliches Niveau herabdrücken wird. Aber sie wird wenigstens das Brot des deutschen Proletariats auf denselben Preis bringen, den sein weitaus besser bezahlter amerikanischer und englischer Genosse bezahlen muß. Denn für den deutschen Proletariat werden allmählich die Lasten zu groß. Nicht nur, daß er länger arbeiten muß für geringeren Lohn, um den industriellen Profit der deutschen Kapitalisten über den englischen und amerikanischen zu erhöhen, muß er durch die vermehrten Ausgaben für sein Brot noch für die Aufrechterhaltung und fortwährende Steigerung einer wahnsinnigen Grundrente sorgen. Hier zeigt es sich, was politische Rechte für den Proletariat bedeuten. Die Grundrente und der Monopolgewinn, das sind die Lasten, die dem deutschen Proletariat auferlegt werden, weil der Mangel der Demokratie die Staatsmacht dem Großkapital und der Grundrente ausliefert!

Das Verlangen der Aufhebung der Wuchersölle wird allerdings auf erbitterten Widerstand der Geschäftsträger der herrschenden Klassen, der Regierung, stoßen. Die Regierung hat andere Sorgen, als die Folgen der Krise für den Proletariat zu mindern. Sie hat, was an ihr liegt, getan, um die Folgen der Krise für den Besitz zu mildern. Sie hat zu den Preisen der Hochkonjunktur dem Kohlen- und Stahlwerksverband den Bedarf an Schienen und Eisenbahnmateriale für die nächsten drei Jahre der Depression abgenommen. Sie wird durch das Brantweinmonopol den Großgrundbesitzern neue Gewinne zuzuschlagen suchen! Für das Proletariat aber hat die Regierung nur eines übrig, neue Vermehrung seiner Lasten gerade in dem Moment der Krise. Auf 130 Millionen Mark wird der Bedarf des Reiches geschätzt, der durch neue Steuern zu decken ist. 60 Millionen soll die Flotte mehr erfordern. 50 Millionen fordert der Staat für Beamtengehälter, dazu kommen noch vermehrte Ausgaben für das Heer. Schon im vorigen Jahre hatten wir ein Defizit von 120 Millionen. Mit der Schuldenwirtschaft allein geht es nicht mehr weiter. Aber die Regierung der bestehenden Klassen hat natürlich nicht die Aufgabe, den Bestehenden neue Lasten zuzumuten. Wie immer die neuen Steuern aussehen werden, eines steht fest, es werden keine direkten Steuern sein. Eine Reichseinkommensteuer, eine Ausgestaltung der Erbschaftsteuer, dazu sind die bestehenden Klassen nicht zu haben. Die arbeitende Bevölkerung muß es wieder sein, die die Lasten für den Staat der Bestehenden ausbringen muß. Von einer Ermäßigung der Wuchersölle wird der Finanzminister schon wegen des Defizits nichts wissen wollen. Keine Erleichterung, sondern neue Lasten, neue Opfer wird der Staat zu den Opfern hinzufügen, die die kapitalistische Krise von den Arbeitern fordert!

In dem Reichstage der Bestehenden ist seit den letzten Wahlen die Sozialdemokratie zu einer geringen Minorität geworden. Den 43 Vertretern der Arbeiterklasse steht die erdrückende Majorität des Besitzes gegenüber. Ihre Politik ist es, die da getrieben werden wird, und sie wird die Verantwortung dafür tragen müssen. Unsere Aufgabe wird es sein, den Arbeitern, die heute noch verblendet im Gefolge der politischen Vertreter des Besitzes einhergehen, die Augen zu öffnen. Daß die Wochpolitik uns diese Aufgabe sehr erleichtert wird, ist das einzige Verdienst, das sie sich um das deutsche Volk erwerben wird!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. November 1907.

„Wir schießen für unseren Kaiser!“

Die Preisfrage, wer eigentlich der Verfasser des famosen Gedichts mit dem schönen Refrain „Wir schießen für unseren Kaiser“ ist, der Kadett Willi Ramdohr oder der Friedenaner Pastor Gernandt, ist noch immer nicht gelöst. Der schiefshreudige Autor scheint aber doch unser Pastor an der Kirche „Zum guten Hirten“ gewesen zu sein. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, daß er das Gedicht zuerst veröffentlichte, sondern auch folgende Notiz der „Deutschen Tageszeitung“:

„Willi Ramdohr gehörte der Obersekunda der Hauptkadettenanstalt zu Groß-Lichterfelde an. Das Gedicht war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt; der Dichter hatte es aus Schalkhaftigkeit nicht einmal seinen Lehrern und Erziehern mitgeteilt. Im Juli ist er an einer Blutvergiftung gestorben, nachdem er seine Leiden mit unsagbarem Mut und stiller Ergebung getragen hatte. In seinen nachgelassenen Papieren wurde das Gedicht gefunden und von der Mutter dem Kaiser überreicht.“

Willi Ramdohrs Bescheidenheit, das Gedicht nicht zu veröffentlichen, ja es nicht einmal seinen Lehrern mitzutellen, hatte den guten Grund, daß es bereits veröffentlicht war, nämlich im Januar 1906, und zwar von seinem wirklichen Verfasser, dem Herrn Pastor Gernandt!

Ueber die Verbreitung des Gedichts in den Kadettenanstalten glaubt das Dertel-Blatt mitteilen zu können:

„Der Kaiser hat mit Recht verfügt, daß das Lied vielfältig und dann den Kadetten allgemein zugänglich gemacht werde.“

Hoffentlich bringt die „Deutsche Tageszeitung“ nun auch den Namen des wirklichen Verfassers zu Ehren! Denn es ist doch entschieden bemerkenswert, daß es nicht ein Knabe, ein Kadett, sondern ein Pastor war, der dichtete: „Wir schießen für unseren Kaiser!“

Der verstorbene Max Lorenz,

der Sozialist, der der Sozialdemokratie den Rücken lehrte, um sie dann wütend zu bekämpfen, stand, wie so viele seinesgleichen, im Solde des Unternehmertums. Dafür liegen jetzt, nach seinem Tode, unabweisbare Beweise vor.

Die Eisengießerei und Waggonfabrik L. Steinfurth in Königsberg, die ihren Arbeitern schlechte Löhne zahlte und mit allen Mitteln deren Organisation — bisher mit Erfolg — zu hindern suchte, wurde vor kurzem vom Verbands der Metallindustriellen aufgefordert, sich an der Unterstützung der Witwe des verstorbenen Max Lorenz zu beteiligen. Diefem Ersuchen ist die Firma Steinfurth denn auch in Anerkennung der Verdienste, die der Verstorbene sich um das Unternehmertum erworben hat, großmütig nachgegeben. Sie sandte am 5. November einen Betrag von 50 M. ab. Die Postanweisung war an die Firma C. Gedmann, Berlin, Lützowstr. 64, adressiert.

Sicher werden eine Reihe anderer Unternehmer sich den Hinterbliebenen des Beschäftigten ihrer Kapitalien gegenüber ähnlich erkenntlich zeigen.

Sehr einträglich scheint aber bei Max Lorenz der Dienst für die Schatzmacher nicht gewesen zu sein, sonst hätte man nicht nötig, zur Abwendung der Not milde Gaben für die Witwe eines so verdienstlichen Beschäftigten des Unternehmertums gleich nach dessen Tode zu sammeln.

Das Privileg des vornehmsten Hofes.

Reaktionäre Zeitungen suchen unsere Angabe, daß Major v. Lynar mit Pension verabschiedet wurde, noch immer in Abrede zu stellen. Wir haben bereits damals angegeben, daß jedermann sich aus der Rangliste für 1907 von der Richtigkeit unserer Angabe überzeugen könne. Wenn ein General v. Plume im „Ton“ gemeint hat, daß gegen die Schulddigen ungenügend vorgegangen wurde, so beweist das nur, was man unter ungenügend zu verstehen hat, wenn es sich um Strafen und dergleichen handelt! Man weiß aus dem, daß die Grafen Lynar und Hohenau auch vortrefflich nicht bestraft worden sind, sondern heute im Auslande ruhig die Zeit abwarten bis ihr Vergehen verjährt ist. Herr Oberst Gädle, der bekanntlich nicht einmal mehr den Titel führen darf, wußte ein ganzes Jahr im „Berl. Tageblatt“ darauf hin, daß die Grafen Hülsen-Hüseler und der Kriegeminister, seit dem November 1906 nicht das geringste getan haben, um zu verhindern, daß die schwerbelasteten Offiziere sich dem Freiwort ebenso wie dem Strafrecht entziehen.

Wenn freilich Herr Oberst Gädle die Schuld ausschließlich in den Personen der militärischen Vorgesetzten zu suchen scheint, müssen wir darauf hinweisen, daß er den Allosencharakter des Militarismus vollständig bestreitet. Man will aus dem Offizierskorps tatsächlich eine Elite machen, die ein immer besseres Werkzeug in der Hand des Hochkommandierenden ist, damit man sie selbstverständlich vollständig von dem „gemeinen Volke“ trennen kann. Dann gibt es aber auch für Offiziere kein gleiches Recht. Sie stehen ihnen außerhalb und über dem Volke. Das Recht vom Reich des Duells bis zum Verbot der Handlungen, die der § 17. trifft, mag zwar theoretisch für sie gelten, kann aber praktisch nie angewandt werden. Die Straffreiheit im Falle Lynar und Hohenau gehört ebenso zum System wie etwa die Soldatenehrenden. Durch die berechtigten Kritik der Unterlassung in diesen Fällen darf man sich nicht die Einsicht träuben lassen, daß solche Dinge nicht zum System gehören wie etwa die Komarilla zum System des Sozialismus! —

Regierungsmethoden.

Unter dem Titel „Herrn v. Köllers Methode“ bringt das „Berl. Tageblatt“ eine sehr nette Schilderung der Herrschaftsmethoden. Im Elsaß ist vor kurzem der liberale Landtagsabgeordnete Gög zum Direktor der elsass-lothringischen Deputation ernannt worden. Dies bezeichnet das Blatt als einen höchst geländeten Sachzug des Staatssekretärs v. Köller. Denn die bürgerliche Opposition sei vorläufig, wenigstens für die Dauer der nächsten parlamentarischen Session, matt gesetzt. Dies sei überhaupt ein Prinzip der reichsständischen Regierung; sie lasse in ausnehmender Gütmütigkeit auch einmal einen Liberalen an der Kruppe mitessen und das Resultat werde meistens erreicht. Der Minister äußerte sich heiterlich sich zurechtfindend auf ein schönes Tages sagt er zu seinen früheren Parteifreunden: Ich weiß gar nicht, was Ihr eigentlich wollt.

Das liberale Blatt ist mit dieser Methode gar nicht zufrieden. Es besteht die Gefahr, daß die Wähler den Eindruck erheilen, die Opposition der bürgerlichen Radikalen, deren Führer Herr Gög war, verfolge egoistische Nebenwende. Das Blatt überhebt dabei hin, daß diese Methode, die reichsständischen Liberalen liere zu machen, von der Methode des Fürsten Bilow noch bei weitem überboten wird. Der Freisinn im Reich bekommt nicht einmal persönliche Zugeständnisse. Er muß alle seine Prinzipien an die Gde stellen und bekommt dafür im besten Falle nur keine Versprechungen. Den Herren Müller und Kopsch winkt nicht einmal ein Direktorposten, sondern höchstens eine Unterredung in Kabinets-Vergleichen mit der freisinnigen Volkspartei ist der Wähler Liberalismus noch bei weitem standhafter. Aber freilich darf diese Standhaftigkeit nur bis zu einer gewissen Grenze gehen. Denn die Freisinnigen sind für die Regierung eben immer zu haben. Die Differenz, die zwischen ihnen besteht, ist sich in einem reinen Preisunterschied auf.

Arbeiter als Schöffen.

Aus Stolp in Pommern wird uns berichtet, daß dort acht Arbeiter und Handwerker für 1908 als Schöffen berufen sind.

Was sagt Knuten-Dertel dazu?

Ein böser Reinsfall des Reichsverbandes.

In Weimar wurde anlässlich der Gemeinderatswahl der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht. Die bürgerlichen Parteien hatten es mächtig mit der Angst vor der Sozialdemokratie zu tun bekommen. Mit großer Aklame wurde auf knallroten Plakaten angekündigt, daß ein Herr Kreischmer von der Hauptstelle in Berlin und Herr Werten in Altona die Sozialdemokratie nach den bekannnten Regeln des Scharfmörderverbandes tödend würden. Wie der Berliner Apostel dies fertiggebracht hat, das erfährt man am besten durch das Regierungsblatt, die „Weimarer Zeitung“. Dieselbe schreibt von dem „Vortrag“ des Kreischmer: „Wir können nicht umhin, diesen Vortrag als einen höchst unglücklichen zu bezeichnen. Was Herr Kreischmer über den Buchdrucktarif, die sozialdemokratische Normalschule und die paritätischen Arbeitsnachweise vorbrachte, war größtenteils unrichtig. Ueber das eigentliche Wesen der Sozialdemokratie wußte er nichts zu sagen. Mit derartigen Reden wird die Sozialdemokratie nicht erfolgreich bekämpft können.“ — So kann es kommen, wenn die dreifürten Reichsverbandredner losgelassen werden. Dann stehen den scharfmacherischen Hintermännern die Haare vor Angst zu Berge, wenn sie den Unfug ihrer Deute von der Hauptstelle mit anhören müssen. —

Bürgerlicher Gemeindefingel.

In Köln kämpfen die Liberalen und die Ultramontanen gegenwärtig um den Besitz der Rathhansmandate in der zweiten Wahlklasse. Der Ausfall der Wahl entscheidet, ob die Liberalen die Mehrheit im Gemeinderat behalten oder ob sie wieder an die Ultramontanen übergeben soll, die sie vordem hatten. Der Wahlkampf dreht sich um den Radweg, unter dessen Herrschaft, ob unter dem blauen oder dem schwarzen Regiment am meisten geängelt, am meisten politischer Verkehr getrieben worden ist. Der Führer der Liberalen hat behauptet, daß während der Zentrumshegemonie bei allen Stellen, die von der Stadtverwaltung ausgeführt wurden, die Bewerbungen von Protestanten beiseite gelegt, dann alle freidenkenden Katholiken ausgeschlossen worden seien, so daß immer nur ein wackler Ultramontaner in Frage kam. In einer Wählerversammlung am Sonntag hat nun der Führer der Kölner Liberalen behauptet, daß unter der Zentrumshegemonie der Oberbürgermeister bei dem Vortrag über die Personalfälle der Bewerber oft gesagt habe: „Auf die protestantischen Bewerber einzugehen hat keinen Zweck, da ja doch nur ein Katholik gewählt wird.“

Der „Stadt-Anzeiger“ der „Kölnischen Zeitung“ wußte sogar zu berichten, daß die Kölner Ultramontanen bei der Wählerbereinigung einem ähnlichen Brauch folgen, wie er in der höheren Bürokratie gegenüber den Korpsstudenten geübt wird. In Köln wurden nämlich solche Bewerber bevorzugt, die sich als alte Herren der „Unitas“, einer besseren katholischen Verbindung, der auch Herr Zrimborn angehört, ausweisen konnten.

Natürlich wissen die Ultramontanen ähnliche Geschichten von den Liberalen zu erzählen, und so erweisen die beiden Parteien ihre Befähigung zur Mehrheit nicht daran, wer am meisten für das Gesamtwohl der Stadt gekämpft, sondern wer dem anderen den meisten Mangel nachreden kann!

Dieselben Liberalen und dieselben Ultramontanen, die sich hier mit so großem Eifer den Platz an der Futterrippe streitig machen, gehen über die Sozialdemokratie, die angeblich die Krankelassen durch die Befegung der Beamtenposten parteipolitisch ausnutzt! —

Mumien in Purpur.

Kardinal Krementz, bis 1899 Erzbischof von Köln, erbaute sich an der Offenbarung Johannes und schrieb Bücher über den Untergang der Welt, der nach des Kardinals Ansicht im Jahre 1930 erfolgen sollte.

Kardinal Fischer, sein Nachfolger, beschränkt in einer Rede zu Düsseldorf, worin er sich wegen der Vöner Vorgänge zu rechtfertigen versucht, den Geist des heiligen Thomas von Aquino und verkündet ihn als seinen geistigen Führer:

„Ich will es nicht leugnen, meine Theologie hat ihre Wurzel im 13. Jahrhundert; ich bin ein treuer Schüler des großen Lehrers im 13. Jahrhundert, des Engels der Schule, des heiligen Thomas von Aquin, und rühme mich dessen. Seit meinen Studienjahren sind seine tief-sinnigen Worte der Gegenstand meines fortgesetzten Studiums gewesen, und es ist mir noch heute eine Freude und eine Erholung, in den wenigen Ruhestunden, die mir erübrig, darauf zurückzukommen.“

Was werden wir im zwanzigsten Jahrhundert von römischen Bischöfen noch für Ueberrassungen erleben! —

Frankreich.

Bespiegelung der Antimilitaristen.

Die „Humanität“ veröffentlicht die Abschrift eines Rundschreibens, durch das die Präfecten im Auftrage des Ministerpräsidenten die Polizeikommissare anweisen, antimilitaristische Treiberien streng zu überwachen und über solche Gruppen und Individuen, die diese Treiberien unterstützen, an die Behörden fortlaufend genaue Auskunft gelangen zu lassen. —

Belgien.

Brüssel, 12. November. Das Parlament ist heute zu seiner neuen Tagung zusammengetreten. In der Deputiertenkammer wurde Schollaert wieder zum Präsidenten gewählt. —

England.

Gegen die Kongoverwaltung.

Der Erzbischof von Canterbury, die Vertreter der Sektenkirchen, die Vorkämpfer der verschiedenen philanthropischen Vereine, der Sekretär der Arbeiterpartei (Genosse Macdonald), der Sekretär des Trades-Union-Kongresses (Steadman) und mehrere Oberbürgermeister Großbritanniens veröffentlichen einen Aufruf an die britische Nation, in dem diese aufgefordert wird, eventuell der britischen Regierung diejenige Stütze zu geben, die nötig sein wird, um die Kongoverwaltung zu unterstützen und das Wohlergehen der Kongoverwaltung zu fördern. Vorerst müßte Belgien versuchen, Reformen einzuführen; falls Belgien verweigert, müßte die britische Regierung die Signatarmächte der Kongoverwaltung zu einem Kongresse einladen. Sollte auch dieser Schritt zu keinem Resultat führen, so bliebe nichts anderes übrig als die britische Regierung zu zwingen, selbstständig vorzugehen und Zustände zu beseitigen, die eine Schmach für die Menschheit und eine Bedrohung der Zivilisation darstellen. —

Rußland.

Die „beratende“ Duma.

Gegenwärtig halten die „Rechten“ täglich Versammlungen ab, in denen Taktik und Aufgaben der Duma erörtert werden. So wurde, wie „Russk“ berichtet, in einer Versammlung beschlossen, darauf zu bestehen, daß die Duma eine Antwort auf die Thronrede ausarbeite. Sollte die Duma dies ablehnen, so würden der Verband der russischen Leute, die Mitglieder der Arbeitsorganisation und die Monarchisten an den Jaren eine selbständige Adresse entsenden, in der neben den untertänigsten Gefühlen der Wunsch ausgedrückt sein wird, in der Duma eine ausschließlich beratende, und nicht eine gesetzgebende Körperschaft zu sehen! „Erst dann“, so soll es in der Adresse heißen, „wird sich die von der Revolution herbeigerufene Vermittlung der Gemüter legen.“

In der letzten Sitzung des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wurde u. a. die Frage erwogen, ob die sozialdemokratischen Abgeordneten an den offiziellen Festlichkeiten anlässlich der Eröffnung der dritten Duma teilnehmen sollen. Einstimmig wurde beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten zu empfehlen, darauf zu verzichten.

Dann wurde die Frage der Taktik, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten bei den Präsidentschaftswahlen anwenden sollen, besprochen. Ein Teil der Mitglieder des Zentralkomitees schlug vor, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Andere schlugen ihrerseits folgende Resolution vor:

„Von dem Prinzip der Zweckmäßigkeit ausgehend, müssen die sozialdemokratischen Abgeordneten bei den Präsidentschaftswahlen die Kandidaturen solcher Personen unterstützen, deren Wahl die größte Garantie der Unparteilichkeit, ebenso der Redefreiheit bedeutet. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmen für den am meisten entsprechenden Kandidaten nur in dem Falle, wenn die Wahl dieses Kandidaten von den Stimmen der Sozialdemokratie abhängt, im anderen Falle enthalten sie sich der Abstimmung. Bei reaktionären Kandidaten stimmen sie aber dagegen.“

Diese Meinungen erhielten gleiche Stimmzahl (je 5 Stimmen), und das Zentralkomitee hat beschlossen, beide der Begutachtung

der sozialdemokratischen Abgeordneten der dritten Duma zu übergeben. —

Finnland.

„Pressfreiheit.“

Aus Helsingfors wird uns geschrieben:

Am 7. November teilte die „Konstitutionelle“ Polizei der Redaktion des sozialdemokratischen „Työmies“ die Vorchrift des Generalgouverneurs mit, daß es dem „Työmies“ untersagt ist, etwas über den soeben hier tagenden Kongress der Radikalenpartei zu veröffentlichen. — Die Verhandlungen werden schon an und für sich so geheim geführt, wie es den russischen Zuständen entspricht, so daß jener Befehl ganz überflüssig war, wenn er nicht ein bewußter Hohn auf die „Konstitution“ sein sollte. —

Aus der Partei.

Warnung.

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben:

In letzter Zeit ist uns mehrfach mitgeteilt worden, daß unsere Genossen in verschiedenen Orten von Schwindlern gebrandschagt worden sind, die sich als russische Flüchtlinge ausgegeben haben. Wir ersuchen die Parteigenossen dringend, derartige Unterstüßungs-gesuche überhaupt abzulehnen. Parteigenossen, die vor der Nahe des russischen Despotismus flüchten wollten, reisen überhaupt nicht im Lande herum, um die Provinzial- und Kreisorganisationen wegen Unterstüßung anzugehen.

Zusbesondere warnen wir vor einem gewissen Zwanowitsch und einem Schulenbart, der sich auch als Jacobowitsch ausgibt.

Zum preussischen Parteitage.

In einer Parteiversammlung in Königsberg, die am 7. November tagte, führte der Referent Genosse Haase, der auch auf dem preussischen Parteitage in Berlin über die Organisation in Preußen das Referat halten wird, über diesen Punkt unter anderem aus, daß er sich zwar mit dem veröffentlichten Organisations-Statutenentwurf der Berliner Genossen einverstanden erklären könne, die Zeitung müsse jedoch etwas anders aussehen, als der Entwurf es vorschlägt. Die Mitglieder der Landeskommission dürften nicht auf dem Parteitage, sondern müßten von den Provinzial-reis. Bezirksverbänden gewählt werden. Der geschäftsführende Ausschuss dieser Kommission dürfe auch nicht über ganz Preußen verstreut sein, sondern müsse in Berlin seinen Sitz haben. Nur dann könne er in steter Fühlung mit dem deutschen Parteivorstand die Agitation kraftvoll und wirksam anregen, einleiten und für deren Durchführung sorgen. Die zu schaffende Organisation sei ein Produkt des wachsenden Interesses der preussischen Parteigenossen. Deshalb dürften wir hoffen, daß uns der Parteitag etwas Gutes und Brauchbares schaffen werde.

Als Delegierte zum preussischen Parteitag wählte die Versammlung, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, die Genossen Haase und Kriese. Auch übertrug eine vorher stattgefundene Frauenversammlung dem Genossen Haase ein Mandat zur Frauenkonferenz und verordnete auf die Entsendung einer besonderen Delegierten aus Königsberg.

Gemeindefragen.

In Klein-Steinheim bei Hanau errangen unsere Genossen bei der Gemeinderatswahl von fünf zur Wahl stehenden Mandaten vier. Sie verfügen nun über die Majorität. Von neun Gemeinderatsmitgliedern sind sieben Sozialdemokraten, die Bürgerlichen haben nur zwei Vertreter. Das sind Zeichen des Fortschritts!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strasfants der Presse.

Falle a. S., 12. November.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Genosse Leopold vom „Volksblatt für Halle“ wurde vom Schöffengericht wegen Verleumdung eines Pastors, eines Gendarmen und Kränkung der Preiser Polizei zu drei Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Soziales.

Ein Unternehmer, der Streikentschädigung verlangt.

Das Berliner Gewerbegericht hat gestern über eine Klage-sache entschieden, die das Gericht schon zum vierten Male beschäftigt und die dadurch besonders merkwürdig wurde, daß der Beklagte, die Firma Schladzig u. Mellin, Widerklage auf Schadenersatz für durch Arbeitsniederlegung angehängt erlittene Verluste erhob. Die Kläger waren acht Fliesenleger, die rückständigen Lohn forderten, insgesamt 125,70 M. Der Lohn war ihnen vorenthalten, weil sie am 3. September dieses Jahres die Arbeit niedergelegt hatten und anderen Tages eine Sperranzeige im „Vorwärts“ erschienen war. Als sie am Sonnabend, dem Zahlungstag nach der Arbeitsniederlegung, ihren Lohn haben wollten, rief der Sohn des Herrn Schladzig, ein Blutjunge, ohne sie auch nur mit einem Worte zum Verlassen des Hauses aufgefordert zu haben, die Polizei zu Hilfe, um sie hinausbringen zu lassen. Die gestrige Verhandlung hatte einen eigenartigen Anfang. Zunächst wendete Herr Schladzig sich dagegen, daß ein Kläger, M. Anton, der Vorsitzende der Fliesenlegersektion des Maurerverbandes, die Vertretung für zwei nichterschienene Kläger übernommen hatte. Er beantragte — ihn als gewerbsmäßigen Vertreter vor dem Gewerbegericht nicht zuzulassen. Selbstverständlich wurde der Antrag abgelehnt. Dann meinte er, die Kläger suchten dadurch einen moralischen Zwang auf ihn auszuüben, daß sie — einen Bericht-erstatte des „Vorwärts“ „herbestellt“ hätten. Das sei unzulässig. Der Vorsitzende, Gewerberichter von Schalk, machte dem Herrn begreiflich, daß die Verhandlungen öffentlich sind. Nach diesen Präliminarien begann die eigentliche Verhandlung. Beklagter erklärte sich bereit, einem der Kläger die von diesem geforderten 12,10 M. zu zahlen. Dieser Kläger zog nach Empfang des Geldes seine Klage zurück. Die Forderung der sieben weiteren Kläger beschränkt der Beklagte und erhob gegen sie Widerklage. 15 Fliesenleger seien an der Arbeitsniederlegung, so führte er aus, beteiligt. Die hätten ihm insgesamt 448,25 M. Schadenersatz zu zahlen. Hiervon verlange er von den Klägern je 24,50 M. Als Sach-verständiger und Zeuge war Genosse Pultis, Vorsitzender der Freien Vereinigung der Fliesenleger, geladen. Er sollte namentlich über die Tarifverhältnisse im Fliesenlegerberuf Auskunft geben. Er bekundete: der auch von der Firma Schladzig u. Mellin anerkannte Tarifvertrag der „Freien Vereinigung“ habe nicht für die Sektion der Fliesenleger, der die Kläger angehören, Geltung. Ein zweiter Zeuge, Mitglied der Freien Vereinigung, Vertretungs-mann im Betriebe, war von der Firma am Sonnabend vor der Arbeitsniederlegung entlassen worden, und die Firma suchte ihn dann aus seiner nächsten Arbeitsstelle hinauszudrängen, wie sie auch eine Verurteilung gegen die in den Streit getretenen Fliesenleger ins Werk setzte. Dieser Zeuge bekundete u. a., daß der junge Herr Schladzig sich ihm gegenüber geäußert habe: „Die Fliesenleger müssen nach meiner Weise tanzen, rumpfringen, wie ich will.“ — Nach mehrstündiger Verhandlung und Beratung verurteilte das Gericht die besagte Firma, den Klägern die geforderten Löhne, im ganzen 116,60 M., zu zahlen. Mit der Widerklage wurde die Firma abgewiesen. In der Begründung wurde ausgeführt: da es erwiesen ist, daß die Kläger den Tarifvertrag der Freien Vereinigung stillschweigend anerkannt hatten, hatten sie nicht das Recht gehabt, die Arbeit ohne weiteres niederzulegen. Jedoch habe auch die Beklagte die Bestimmungen des Tarifs nicht

innegehalten, weil sie nicht die Schlichtungskommission angerufen habe. Außerdem habe die Firma die Kläger durch die Entlassung des Zeugen beschuldigt und durch die Redensarten des Sohnes des Herrn Schladzig unnötig gereizt. Wenn man überdies noch die Verurteilung in Betracht ziehe, müsse das Vorgehen der Beklagten als ebenso strafwürdig wie das der Kläger bezeichnet werden. Demnach stehe der Firma ein Schadenersatzanspruch nicht nicht zu. Die Kosten des Rechtsstreites wurden der Beklagten auf-erlegt.

Unterirdische Kinderarbeit.

Es wird angenommen, die Kinderarbeit unter Tage sei nur ein Privileg für Italien und Belgien, in Preußen-Deutschland sei die Sozialgesetzgebung in diesem Punkte weit vollkommener. Tatsächlich ist das aber nicht der Fall. Auch in Deutschland arbeiten immer noch Kinder gleich nach ihrer Schulentlassung in den Gruben unter Tage. Generell ist allerdings das Verbot der unterirdischen Beschäftigung von Personen unter 10 Jahren gesetzlich ausgesprochen. Aber der Minister hat die Befugnis, ausnahmsweise von diesem Verbot zu dispensieren. Ursprünglich war diese Lizenz nur als Uebergangsbestimmung gedacht; indessen ist die unterirdische Kinderbeschäftigung im letzten Jahrzehnt nicht eingeschränkt, sondern erweitert worden. Die viel Kinder überhaupt von 14—16 Jahren schon als Bergarbeiter unter Tage beschäftigt sind, wird amtlich nicht publiziert. Nur über die Zahl der Kinder in den Mansfelder Kupferbergwerken und in den schlesischen Bergwerken gibt die Bergbehörde genaue Auskunft. Danach wurden Kinder von 14 bis 16 Jahren unterirdisch ausgenutzt

im Jahre	Mansfelder Bergbau	Oberbergamtsbezirk	Dreslau
1896 . . .	704	?	?
1900 . . .	865	614	?
1903 . . .	900	1015	?

Die Zahl der Kinder in Bergwerken ist also ganz bedeutend vermehrt worden, obgleich alle Gründe der Moral und der Hygiene gegen diese Kinderarbeit sprechen. Wenn man sich vorstellt, daß ein eben aus der Schule entlassenes Kind gleich in die Grubentiefe geschickt wird, dort in gefährlicher Situation stundenlang, oft ohne jede Aufsicht, verbleiben muß, dann faßt den fühlenden Menschen tiefes Mitleid mit dem unglücklichen Proletariatskind. Natürlich werden die kapitalistischen Interessenten auch diese Kinderarbeit als eine „Vergiftung der Arbeiter“ entkaufeln. Wenn aber der Arbeiter- und Volkswahl sein freier Schall ist, der wird die unterirdische Kinderarbeit als ein Uebel-bleibsel aus der Barbarei verwerfen.

Gewerkschaftliches.

Ein gefährdetes Gewerbe.

Die Fiskale Berlin des Töpferverbandes hielt am Montag in Kellers Festhallen eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, um den Bericht von der Ofenseherkonferenz entgegenzunehmen. Es handelt sich bei dieser Konferenz um folgendes: Wie andere gewerbliche Arbeiter durch die Maschine aus dem erlernten Beruf verdrängt werden und unter häufiger Erwerbslosigkeit zu leiden haben, so zeitigte im Ofensehergewerbe dieselben nachteiligen Erscheinungen die überhandnehmende Zentralheizung; der Kachelofen muß immer mehr neueren, zentralisierten Heizungssystemen Platz machen. Man ist im Ofensehergewerbe der Ueberzeugung, daß sich zwar auch hier die fortschreitende Technik nicht aufhalten lasse, aber es besteht daneben die weitverbreitete und wohl auch zutreffende Ansicht, daß die unsoliden Praktiken, wie sie vom Baugewerbe überhaupt, auch auf die Ofenseherlei übertrugen wurden, es mitverschuldeten, den früher so beliebten Kachelofen in Mißkredit zu bringen. Man baut heute den Ofen nach außen in prächtigen Formen, verwendet jedoch häufig nur schlechtes Material besonders für den inneren Ausbau, wodurch derartige Ofen ihren Wert als Heizungskörper vollständig verlieren. Gefährden die neuen zentralisierten Heizungssysteme das Ofensehergewerbe, so bot sich andererseits durch die neuerdings für alle Zwecke und Räume in Anwendung gekommene Fliesenlegerei neue Erwerbsmöglichkeiten. Das Fliesenlegen ist eigentlich Töpferarbeit, doch wurde sie von den Unternehmern zu wenig beachtet, wodurch es kam, daß derartige Arbeiten, statt von Töpfern, durch Maurer usw. ausgeführt werden.

Die hier skizzierte Lage des Töpfergewerbes nebst den zahl-reichen gewerblichen, die Gesundheit der Arbeiter und des Gewerbes untergraben den Mißständen haben den organisierten Arbeitern den Anlaß, zum 3. und 4. November eine Konferenz für das Ofensehergewerbe nach Dresden einzuberufen. Ueber den Verlauf dieser Konferenz berichtet in der Versammlung das Mitglied Sorg: Die Konferenz hatte sich eines zehntägigen Besuchs seitens der Arbeiter sowohl als auch der Unternehmer aus allen Teilen Deutschlands zu erfreuen. Gesellen waren 31 und Unter-nehmer 23 anwesend. Außerdem war zugegen vom Ofenfabrikanten-Verband Dr. Forstner und von der Münchener Fach- und Gewerbebehörde der Lehrer Gler. Redner erörtert noch-mals jene Ursachen, die zur Einberufung der Konferenz führten und behandelt dann eingehend die Konferenz-verhandlungen selbst. Von den anwesenden Unternehmern mußten die Mißstände anerkannt werden und nach längerer Beratung einigte man sich dahin, den beiderseitigen Organisationen die Einsetzung einer ständigen Kommission zu empfehlen, deren Auf-gabe es sein soll, die gewerblichen Mißstände festzustellen und zu deren Beseitigung geeignete Mittel anzuwenden. Diese nicht unter fünf Mann starke Kommission soll ihren Sitz in Dresden haben, die entscheidenden Kosten sollen gemeinsam getragen werden. Eine andere eingeladene Resolution wurde der zu wählenden Kommission als Material überwiesen, um für deren Arbeiten als Richtschnur zu dienen.

Auf der Konferenz hätten sich die Unternehmer bereit erklärt, mitzuwirken und zu den Kosten beizutragen. Die Kommission sollte gleich gewählt werden, doch haben die Arbeitervertreter dies abgelehnt mit der Begründung, die Wahl möge den Organisationen überlassen werden. Mit den Beschlüssen konnten sich die Kollegen einverstanden erklären, es gelte aber jetzt, nicht darüber zu beraten, sondern an die praktische Arbeit zu gehen, damit es gelinge, die weitverbreitete Zentralheizung zurückzudrängen, dem Ofen zu seinem Rechte zu ver-helfen und gesunde gewerbliche Zustände zu erzielen.

An der Diskussion beteiligten sich Minzopost, Spichalski, Penker, Frig Wolff und der Vorsitzende Segawa. Die Redner erklärten sich im allgemeinen mit der Konferenz und den Ausführungen des Referenten einverstanden und wird erwartet, daß die Unternehmer das gegebene Wort innehalten. Sowie diese ihre Solidarität zu betätigen wissen, wenn es gelte gegen die Gesellen vorzugehen, sollten sie sich gegenüber den Bauunternehmern einzeln zeigen und energisch das von diesen zum inneren Ausbau der Ofen gekaufte minderwertige Material zurückweisen. Die Gesellenorganisation werde das übrige tun, bei den Arbeitern eine gewissenhafte Ausführung der übertragene Aufträge durchzuführen, die angelegte Puscharbeit sei jedoch auf die schlechte Entlohnung wesentlich zurückzuführen. Zweifellos stehe fest, daß der Mißgang des Gewerbes durch die unsoliden Praktiken seitens der Unternehmer verschuldet wurde.

Schließlich nahm die Versammlung die nachstehende Resolution einstimmig an:

Die am Montag, den 11. d. M., in Kellers Festhallen ver-sammelten Mitglieder des Zentralverbandes der Töpfer Deutsch-

lands, Mikale Berlin, erklären sich mit den Verhandlungen der Eisenleger-Konferenz in Dresden einverstanden und verpflichten sich, für die angenommene Resolution einzutreten.

Berlin und Umgegend.

Eine Massenkundgebung für den Heimarbeiterschutz.

wie für den zu diesem Zweck eingebrachten Gesegentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bilden die acht öffentlichen Versammlungen, die der Verband der Schneider und Schneiderinnen am Montagabend veranstaltet hatte. Der starke Besuch dieser Versammlungen zeugte dafür, daß die große Masse der im Schneidergewerbe und vor allem der in der Konfektion tätigen Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen allmählich wieder die langgewohnte Gleichgültigkeit abschüttelt und immer energischer den so notwendigen Schutz verlangt, der ihnen schon vor Jahrzehnten versprochen worden ist. Der große Saal in den neuen „Arminhallen“ reichte nicht aus, um die Masse der Besucher zu fassen, so daß man den Vorraum hinzugenommen hatte, der auch noch gut besetzt war. In den anderen Lokalen: „Verolina“, Schönhauser Allee, „Südost“, Waldemarstraße, bei Gräy, Or. Frankfurterstraße, bei Thiel in Rigdorf, im Swinemünder Gesellschaftshaus, bei Raabe, Kolbergerstraße, und bei Wendt in der Münzstraße, überall hatten sich zahlreiche Mengen von Arbeitern und Arbeiterinnen versammelt. Als Referenten sprachen die Genossen Stühmer, Heitmann, Kunze, Robert Schmidt, Nähr, Virus, Ad. Ritter und Frau Dr. Weyl. Die Redner, deren Vorträge lebhaft und allgemeine Zustimmung fanden, ließen keinen Zweifel darüber, daß bei der jetzigen Zusammenfassung des Reichstags von der Reichstagsmehrheit keine wirklich wirksamen Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter zu erwarten sind, daß die bestehenden Schutzbestimmungen des Entwurfs der sozialdemokratischen Fraktion den bürgerlichen Abgeordneten wohl noch zu weit gehen werden, und daß das beste Mittel, endlich Besserung zu schaffen und mit den elenden Zuständen aufzuräumen, die Organisation der Schneider und Schneiderinnen, der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen die tatkräftige und rastlose Betätigung in der Arbeiterbewegung ist. In allen Versammlungen wurde einstimmig die folgende Petition gutgeheißen, die übrigens auch in vielen anderen Städten des Deutschen Reichs beschlossen worden ist:

Die allgemeine Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung richtet noch einmal an den hohen Bundesrat und Reichstag das Ersuchen, endlich die gesetzgeberische Lösung der Heimarbeiterfrage für das Schneidergewerbe und die verwandten Berufe energisch und bald in die Hand zu nehmen.

Seit 1887 sind bei diesen Heimarbeitern Hoffnungen erweckt worden, ihre Lage zu verbessern. Aber es geschah nichts! 1896 brach der große Konfektionsarbeiterstreik aus. Fast alle Parteien des Reichstages machten Zusagen, daß nun endlich das so lange Verläumtete nachgeholt werden sollte. Ähnlich waren die Erwartungen, die durch die Reden vom Bundesratspräsidenten erzeugt wurden.

Die Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik bestätigten die Dringlichkeit dieser gesetzgeberischen Aufgaben allgemein nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Konsumenten.

Allgemein bis in die Kreise des Bundesrats hinein herrscht die Ueberzeugung, daß die Bundesrats-Verordnungen und Gewerbeordnungs-Novellen an den traurigsten Verhältnissen in der Hausindustrie gar nicht geändert haben.

Daß die Verhältnisse in der Konfektionsindustrie sich seit den Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik vom Jahre 1898 nicht gebessert haben, daß vor allem der Umfang der Hausindustrie zugenommen hat, ist durch viele Beispiele zu erhärten. Will man nicht unabsehbaren Schaden dauernd werden lassen, dann ist ein Einschreiten der Gesetzgebung nicht mehr aufzuschieben.

Hinter einer ganzen Reihe von Staaten ist das Deutsche Reich in Hinsicht auf den Schutz der Heimarbeiter und -arbeiterinnen zurückgeblieben.

Deshalb erwarten wir die baldige Durchführung eines wirklichen Heimarbeiterschutzes als Erfüllung einer Ehrenpflicht des Deutschen Reiches und als eine der dringendsten sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart.

Wir halten den bereits am 12. Februar 1907 von der sozialdemokratischen Fraktion dem Reichstage eingereichten Gesegentwurf zum Schutze der Heimarbeiter und -arbeiterinnen als das Mindestmaß dessen, was im Interesse der Heimarbeiter zu geschehen hat, und bitten den hohen Reichstag um Annahme desselben.

Der Kampf mit der Firma Jandorf.

Nachdem der Konfliktstoff mit der Firma Jandorf beseitigt ist, hat nun der Verein Berliner Hausdiener (Mitgliedschaft I des Transportarbeiter-Verbandes) für seine Mitglieder die Sperre über die Warenhäuser der Firma aufgehoben. Damit ist der gewerkschaftliche Kampf abgebrochen. Ueber den Abbruch des Boykotts seitens der politischen Partei entscheiden heute Abend die Genossen auf den Jahrsabenden.

Tarif-Unstimmigkeiten im Buchbindergewerbe.

Eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung sämtlicher Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen (einschließlich der aus Buchdruckerien) tagte Montag im großen Saal der „Arminhallen“. Rüger referierte über: „Das gegenwärtige Verhalten der Buchbinder- und Buchdruckerprinzipale zu unserem bestehenden Tarif“. In den Buchdruckerien ist den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen des Druckbetriebes in diesem Jahre tariflich Sonnabends eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde zugesprochen worden. Das heißt, sie haben jetzt gleich den Setzern und Druckern eine wöchentliche Arbeitszeit von 53 1/2 Stunden. Einzelne Prinzipale, die ihren Buchdruckerien Buchbinderbetriebe angegliedert haben, haben sich dazu verstanden, dies auch ihren Buchbinderarbeitern und -arbeiterinnen zuzugestehen. Wo das nicht geschah, wurde durch Einzelverhandlungen mit den Prinzipalen versucht, es ebenfalls zu erreichen. Dann trat der Verband als Korporation an die Organisation der Buchdruckerbetriebe heran. Deren Vorstand und Versammlung haben jedoch beschlossen, dem Gesuch nicht zu entsprechen. In dem Antwortschreiben wurde begründend gesagt, die Buchbinderarbeiter in Buchdruckerien könnten nicht als Hilfspersonal angesehen werden; für sie gelte der Buchbindertarif und danach betrage ihre wöchentliche Arbeitszeit 54 Stunden. — Gegen diese Zurücksetzung der Buchbinderarbeiter in den Druckerien müsse öffentlich protestiert werden. Es bleibt, meint Redner, nichts weiter übrig, als daß sich die Organisation jetzt mit den einzelnen Prinzipalen im Buchdruckerbetriebe in Verbindung setze und versuche, die 53 1/2stündige Arbeitszeit dort auch für Buchbinder und ihre Kolleginnen in Güte durchzusetzen. — Redner kam dann auf die Verhandlungen zu sprechen, die zur Revidierung des Affordtarifs mit der Vertretung des Buchbinderereiserverbandes stattgefunden haben. Hinsichtlich der Einzelheiten verwies er auf die Berichte in der „Buchbinderzeitung“. Indessen erhob er energisch Protest gegen das Einzugtempo, das von den Buchbinderereiserverbänden bei der Einberufung eingeschlagen

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

wurde. In Zukunft müsse dem entgegengetreten werden, daß zwischen Einberufung und Tagung eine zu kurze Zeit liege. Eine wichtige Tariffrage sei die der Beschäftigung von Mädchen und Frauen mit eigentlichen Buchbinderarbeiten. In Leipzig seien Kollegen in Streit getreten, weil Mädchen zum Kapitalen der Bücher verwendet wurden. Diese Verwendung der Mädchen sei entschieden ein Tarifbruch. Die Kollegen wären auf Anraten des Verbandes wieder in den Betrieb hineingegangen. Nächste Woche werde in Leipzig über die Angelegenheit verhandelt werden. Aus den weiteren Ausführungen des Redners, der die Mißstände in einer großen Reihe von Betrieben im einzelnen erörterte, ging klar hervor, daß mehrfach versucht wird, den Tarif zu umgehen, und daß der Verband der Buchbinderereiserverbände dies nicht mal bei seinen eigenen Mitgliedern verhindern kann. Die Berliner Prinzipale haben sogar die Arbeitervertreter gegen ein solches Mitglied vorzuschieben sich bemüht, anstatt selber ihrem Unternehmertum nachzugehen. Der Referent schloß mit der Aufforderung, die Kollegen und Kolleginnen sollten innig zusammenhalten und in allen Betrieben auf Innehaltung des Tarifs achten. Wenn er nicht bezahlt werde, möge man sich an den Deutschen Buchbinderverband, Ortsverwaltung Berlin, wenden.

Die Rede von der Tarifkommission kommt auf den Leipziger Streikfall zu sprechen: Seit Jahren werde versucht, Männerarbeit von Frauen machen zu lassen. Es dürfe nicht gestattet werden, daß solche Zustände eintrifft wie in Leipzig. Die Kollegen hätten ein Recht darauf, daß bestimmte Arbeiten von Männern hergestellt würden. Bei den Verhandlungen, die nun demnächst in Leipzig stattfinden, könne es sich nicht um den Einzelfall handeln, sondern sie müßten sich erstrecken auf die Abgrenzung der Frauen- und Männerarbeit. Die Kolleginnen würden dadurch nicht im geringsten geschädigt. — Das wurde auch später von Rüger bestätigt.

In der Diskussion wurden noch verschiedene Klagen laut, u. a. über schlechte Behandlung, hygienische Mißstände, gesetzwidrige Ausdehnung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen. Fräulein Sieber teilte in drastischer Darstellung die Erfahrungen mit, die sie auf dem zuständigen Polizeirevier machte, als sie dort eines Sonnabends anzeigte, daß die Arbeiterinnen der Firma Kelle entgegen dem Gesetz noch nach 5 1/2 Uhr arbeiteten. Sie ist mit dem Sachhabenden in ein scharfes Wortgefecht geraten, weil dieser vor allem wissen wollte, welche Arbeiterin sie vor dem Betriebe vergeblich kontrolliert worden, ohne daß sie deren Namen nannte. Rednerin fand das Auftreten des Beamten auf der Wache nicht schön und meinte (ihm hatte sie es auch gesagt), daß die Polizei weit schneller gewesen sei, als es zur Zeit des Streiks darauf angekommen wäre, Streikposten wegzufügen.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die starkbesuchte Versammlung erklärt folgendes: Die Antwort des Buchdruckerereiserverbandes läßt nicht das geringste Gegenkommen erkennen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß bei den bestehenden Verhältnissen die Arbeitsfreudigkeit der Buchbinderereiserverbände und -arbeiterinnen auf ein ganz minimales Maß herabsinkt. Die Versammlung beauftragt deshalb die Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinderverbandes (Zahlstelle Berlin), an die Buchdruckerereiserverbände, welche die 53 1/2stündige Arbeitszeit noch nicht eingeführt haben, einzeln die Anfrage zu stellen, wie sie gedenken, diesen Uebelstand aus der Welt zu schaffen. Zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird eine weitere Versammlung Stellung nehmen. — Bezüglich des Buchbinderereiserverbandes erkennen die Versammelten die Bereitwilligkeit der Prinzipale an, Fehler im Tarif ausmerzen zu helfen. Sie wünschen jedoch, daß das Tarifamt in Leipzig seinen schneidenden Gang bei den ihm zuerzogenen Entscheidungen verläßt. Es kann nur im beiderseitigen Interesse liegen, alle anhängig gemachten Klagen und Tarifentscheidungen in kürzester Zeit zu erledigen. Andernfalls müßte man zu der Ansicht kommen, daß eine Verschleppungstatistik Platz greifen soll. Da es weiter noch eine ganze Anzahl Betriebe gibt, welche dem Buchbinderereiserverbande angehören, jedoch in tariflicher Beziehung viel zu wünschen übrig lassen, so erwartet die Versammlung, daß auch ihr anderer Tarifkontakant, in diesem Falle der Deutsche Buchbinderereiserverband, seinen ganzen Einfluß geltend macht, untarifliche Bezahlung zu verhindern. Für unsere Kollegen und Kolleginnen halten wir es für selbstverständliche Pflicht, keine Arbeit unter Tarif herzustellen.

Deutsches Reich.

Ein rauheinigtes Dornröschen.

Aus Anlaß der Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse II sah sich das Vocholter Gewerkschaftsamt genötigt, in einem Flugblatt eine Reihe von Verleumdungen, Lügen und Verdrehungen zurückzuweisen, die seitens der dortigen christlichen Gewerkschaftsführer gegen die freien Gewerkschaftler erhoben waren. Hierbei fielen für die christlichen Gewerkschaftsführer einige bemerkenswerte Späne ab, worüber man sich in der Bürgerschaft nicht wenig amüsiert. Unter anderem liest man in dem Flugblatt:

„Wenn wir nun einzelne Führer der christlichen Arbeiter unter die Lupe nehmen, so geschieht es, um den christlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern vor Augen zu führen, wie schädlich das Treiben dieser Führer ist, wie sie ihnen Sand in die Augen streuen und sie selbst sogar noch verhöhnen. Erklärte doch der Lokalbeamte Schmiy in einer Wirtshaus am Vocholter Schützenfest (Gödde, Kantor), er hätte sich einen besseren Zeit erwählt und brauche nicht mehr morgens 7 Uhr am Weibstuh zu stehen; da könne er sich noch eins genehmigen, er habe ja Zeit genug zu m Schlafe. Wie beliebt man doch früher von dieser christlichen Seite aus zu sagen: „Von Arbeitergroßen sich mächtige Agitatoren und Heyer!“

In aufgeregten Arbeiterkreisen ist es ja hinlänglich bekannt, daß manche Führer der christlichen Gewerkschaften außer ihrer Aufgabe, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, eifrig das Ziel verfolgen, ihren Mitgliedern im — Schlafe ein gutes Beispiel zu geben. In Vocholt darf sich sogar ein Führer damit brüsten. Wenn dieser Mann in der Bekämpfung politischer Gegner ebenso aufrichtig und wahrheitsliebend wäre, so hätte man ihn in seinem Schlafe offenbar nicht gestört.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Buchbinder.

Die am Montagabend mit den Vertretern der Buchbinder-, Buchdrucker-, Steindruck- usw. Innungen stattgehabte Verhandlung ist noch nicht zum Abschluß gelangt; sie soll am Donnerstag fortgesetzt werden. Am Mittwoch wird mit den Kartonnagenfabrikanten verhandelt werden. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Buchbinderinnung den Minimallohn der Arbeiterinnen anerkannt, während die Buchdruckerinnung sich noch sträubt.

Zu den neuen Bedingungen arbeiten in 47 Betrieben 318 Arbeiter und Arbeiterinnen. In sechs Betrieben haben 50 Personen die Arbeit eingestellt. Die anderen Betriebe werden erst nach Beendigung der Verhandlungen Stellung nehmen. Im Städtelkomplex arbeiten 1200 Gehälfen und Arbeiterinnen.

Die Weber des Greiz-Geraer Textilindriebezirks, zu dem die Städte Greiz, Elsterberg, Pöhlne, Reustadt a. d. Orla, Weida, Ronneburg und Gera gehören, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Es finden gegenwärtig in allen Orten Fabrikbesprechungen statt. Eine in Gera stattfindende Konferenz wird die Wünsche der unter der Fenerung stark leidenden Arbeiter prüfen und die Forderungen aufstellen. Die Preisausschläge auf Lebensmittel sind so rapid, daß verschiedene Fleischarten 80 Prozent teurer sind, als in Berlin. Ueber die Lage der Weberfamilien ver-

weisen wir auf den in Nr. 206 des „Vorwärts“ enthaltenen Artikel „Weberleid“. Die Scharfmacher machen in ihrer Presse schon mobil und versuchen, die in einer drückenden Notlage befindlichen Arbeiter als die Angreifer hinzustellen, die Streiks provozieren. Auf die Forderungen kommen wir noch zurück.

Der Streik bei der Hospianfortefabrik Blüthner in Leipzig ist beendet. Es wurden erzielt eine durchschnittliche Affordaufbesserung von 7 1/2 Proz., eine Stundenlohnzulage von 4 Pf., Festsetzung des Mindeststundenlohns bei Fischern von 52 Pf., bei Maschinenarbeitern von 47 Pf., für Ueberstunden ein Zuschlag von 15 Pf., wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden. Ferner soll ein Arbeiterausfluß gewählt werden. Mahregelungen finden nicht statt.

Ausland.

Bergarbeiterstreik.

Die gesamte Mannschaft der den Gebrüdern Guttman gehörenden Schächte zu Währisch-Ostrow ist wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Die Bäckereifabriken Prags sind nunmehr in den Streik getreten. Die Zahl der Ausständigen beträgt ungefähr 1400. Zweihundzwanzig Firmen mit 200 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt.

25 000 Weichensteller in den Vereinigten Staaten verlangen durch ihre Union von 23 Bahnen eine Lohnaufbesserung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Lebensmittelsteuer.

Wien, 12. November 1907. (W. L. B.) Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus nahm den Dringlichkeitsantrag betreffend die Unterstüfung der Familien der zu Waffenübungen einberufenen Reservisten an. Im Laufe der Debatte erklärte der Vertreter des Landesverteidigungsministeriums, die Regierung werde einen bezüglichen Gesegentwurf nach der Lösung der wichtigen Wehrfragen im Hause einbringen. (Beifall.) Das Haus behandelte hierauf den sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag betreffend die Lebensmittelsteuer. Antragsteller Schrammel forderte die Regierung auf, die Einfuhr von gekühltem und gefrorenem überseeischen Fleisch nach Oesterreich zu fördern. In der Begründung der Dringlichkeit macht Abgeordneter Renner die großkapitalistische, schugzöllnerische und kartellfreundliche Wirtschaftspolitik für die Verteuerung der Rohstoffe und sämtlicher Lebensmittel verantwortlich und entwidelt das Agrarprogramm der Sozialdemokratie. Redner betont die Notwendigkeit der radikalen Reorganisation der Besitz- und Kreditverhältnisse der Bauernschaft, die Erweiterung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, sowie die Bildung der ländlichen Jugend. In dem Augenblicke, in dem infolge des Ausgleichs die österreichische Wirtschaftspolitik ausschließlich darauf gerichtet sein müßte, Vorsorge zu treffen, daß nach dem Jahre 1917 der Export Oesterreichs nach Ungarn entweder gesichert oder demselben neue Absatzgebiete im Orient erschlossen werden, in dem Augenblick, wo alles nach dem Freihandel, der Erweiterung der Bildung und Kultur und nach sozialistischen Reformen schreit, erscheint eine liberal-agrarisch-reaktionäre Regierung, gegen welche die Sozialdemokraten energisch Stellung nehmen müßten!

Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen. Abgeordneter Renner forderte den Präsidenten auf, anlässlich der Meldung, wonach in Kasch eine Hungerrevolte ausgebrochen sei, bei der angeblich zwei Arbeiter verwundet und 12 verhaftet wurden, die Regierung zu veranlassen, daß dem blutergießenden Einhalt getan und den hungernden Arbeitern billige Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden.

In den Flammen ungelommene Kinder.

Gnesen, 12. November. (W. L. B.) Die beiden Kinder des Eigentümers Kolodziejal fanden bei einem Brande den Tod in den Flammen.

Ein Gaunertat.

Frankfurt a. M., 12. November. (W. L. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Belgrad: Im kaiserlichen Hypothekendienst Uprava Fondova ist man Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. Es wurden 200 Stück Blanketts der fünfzehnjährigen Obligationen entwendet, die man gefälscht in einem Pariser Geldinstitut zu verfeinern versuchte. Von dort gewarnt, leitete die Direktion eine Untersuchung ein. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Nacht Arbeiter verbrüht.

Forsach, 12. November. (W. L. B.) In dem Dödelinger Walfwerk plagte ein Dampfrohr, wobei acht Personen so schwer verunglückten, daß vier davon vollständig verbrühten und die anderen vier so starke Brandwunden davontrugen, daß man an ihrer Heilung zweifelt.

Einsturz-Katastrophe.

Budapest, 12. November. (W. L. B.) In Großwardein stürzte heute ein zweistöckiger Neubau ein; die Schuld an dem Unglücksfalle soll den Baumeister treffen. Unter den Trümmern sind angeblich noch zahlreiche Arbeiter begraben. Bisher sind ein Toter sowie sieben Schwerverletzte geborgen.

Großwardein, 12. November. (W. L. B.) Bei dem gemeldeten Hauseinsturz wurden bis heute Abend neun Tote geborgen. Es befinden sich noch mehrere Tote unter den Trümmern. Von den Verletzten sind zwei im Krankenhaus gestorben.

Niedergebrannte Fabrik.

Königsgrätz, 12. November. (W. L. B.) Die hierige große Maschinenfabrik Promosch, Schulze u. Sohn ist heute nacht größtenteils niedergebrannt. Mehrere hundert Arbeiter sind betroffen. Der Schaden ist bedeutend.

Wirkungen der Krise.

Portland (Oregon), 12. November. (W. L. B.) Die Merchants Nationalbank stellte heute ihre Geschäftstätigkeit ein. Die Depositen betragen über fünf Millionen Dollar.

Ein Arbeitsvermittler der Bäckerinnung „Germania“ vor Gericht.

Am Montag spielte sich vor Gericht eine Episode ab aus dem Kampfe, den der Bäckerverband seit Jahren für eine gerechte und unparteiische Arbeitsvermittlung führt. Bekanntlich liegt der Arbeitsnachweis für das Bäckerberufsbereich hauptsächlich in den Händen der Innung, die in Berlin mehrere Arbeitsvermittlungsbüros unterhält. Die bedeutendste Vermittlungsstelle wird durch den Sprechmeister Vogel betrieben, der von der „Germania-Innung“ angestellt ist. Gegen die Art, wie Vogel die Arbeitsvermittlung betreibt, wandte sich im Oktober und November 1906 das Organ der Berliner Mitgliedschaft des Bäckerverbandes, betitelt „Der Bäcker“ (jetzt „Bedrux“ genannt). In bezug auf Vogel sprach „Der Bäcker“ von skandalösen Schiegunen in der Arbeitsausgabe, wodurch der Korruption und der Bestechung Tor und Tür geöffnet werde. Dem Sprechmeister Vogel wurde vorgeworfen, daß er, entgegen den geltenden Bestimmungen, die Mitglieder der meisteueren Gesellenvereine (die Gelben) begünstige, die Mitglieder des Bäckerverbandes aber in unstatthafter Weise zurücksetze. Als ein besonders bevorzugter Günstling Vogels wurde ein Bäckergefelle Davidet bezeichnet, der Vorsitzender eines gelben Bezirksvereins ist. Es wurde behauptet, ein Werkmeister sei aus seiner Stellung verdrängt worden, um dem Davidet Platz zu machen, der aber wegen Unfähigkeit bald wieder entlassen werden mußte.

Durch diese Ausführungen, welche „Der Bäcker“ veröffentlichte, fühlten sich Vogel und Davidet beleidigt. Sie stellten Strafantrag, die Staatsanwaltschaft nahm sich im öffentlichen Interesse ihrer an und setzte den Genossen Schneider, der Redakteur des „Bäcker“ und Vorsitzender der Berliner Mitgliedschaft des Bäckerverbandes ist, auf die Anklagebank. Vogel wurde als Nebenkläger zugelassen. Die Angelegenheit ist bereits zweimal vor der Strafkammer verhandelt, aber zum Zweck der Herbeischaffung weiteren Beweismaterials vertagt worden.

Am Montag fand die erneute Verhandlung vor der 7. Strafkammer am Landgericht I statt. Für den Angeklagten Schneider, der durch die Rechtsanwältin Heine mann und Kurt Rosenfeld verteidigt wurde, handelte es sich darum, zu beweisen, daß die von ihm behaupteten Tatsachen wahr sind. Bezüglich der Angabe, daß ein Werkmeister zugunsten Davidets aus seiner Stellung verdrängt worden sei, ließ sich der Wahrheitsbeweis nicht erbringen. Es stellte sich vielmehr heraus, daß Schneider falsch informiert war. Hinsichtlich der

Tätigkeit Vogels als Arbeitsvermittler, sowie hinsichtlich der Rolle, welche die Gelben im Arbeitsnachweis spielen, forderte die sehr eingehende Beweisaufnahme äußerst charakteristische Momente zutage.

Schneider berief sich darauf, daß er als Angestellter des Bäckerverbandes berechnigte Interessen vertreten habe, um so mehr, als zur Zeit der Veröffentlichung der Artikel ein zwischen dem Verband und den Innungen abgeschlossener Tarifvertrag bestand, der die Einrichtung eines zentralisierten Arbeitsnachweises vorsah, die Innungen aber zu jener Zeit ihren Arbeitsnachweis dezentralisierten. Nach dem Vertrage und der damals geltenden Arbeitsnachweisordnung sollten alle Gesellen auf dem Arbeitsnachweis gleichmäßig behandelt und die Vermittlung in der Reihenfolge der Eintragung vorgenommen werden. Das sei aber nicht geschehen, Vogel habe vielmehr zuerst die Gelben in Arbeit gebracht, ohne die Reihenfolge zu beachten. Die Verbandsmitglieder seien auf diese Weise benachteiligt worden. — Bei der Erörterung dieses Punktes sagte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Splettstößer, er verheie nicht, wie man Vogel aus der Bevorzugung der Gelben einen Vorwurf machen könne. Es sei doch ganz natürlich, daß die Meister lieber die Gelben als die Roten nehmen, das sei eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse und es sei ganz natürlich, daß Vogel als Angestellter der Innung die Interessen der Meister vertreten müsse. — Demgegenüber verwies Schneider darauf, daß nicht nur die Gelben, sondern auch die Verbandsmitglieder, welche den Arbeitsnachweis der Innung benutzen, im Besitze eines Arbeitsbuchs der „Germania“-Innung sein müssen und dadurch Anspruch auf gleichmäßige Behandlung haben.

Durch Verlesung der **Arbeitsnachweisordnung** wurde darauf **festgestellt,** daß von der Reihenfolge in der Arbeitsvermittlung nur dann abgesehen werden darf, wenn ein Meister sich einen bestimmten Gesellen bestellt oder wenn der, welcher an der Reihe ist, sich für die betreffende Arbeit nicht eignet.

Vogel behauptete als Zeuge, er habe sich stets an diese Vorschriften gehalten, er habe nur dann außer der Reihe vermittelt, wenn ein ausdrücklicher Wunsch nach einem bestimmten Gesellen schriftlich vom Meister einging. Aus den weiteren Zeugenangaben aber ergab sich,

wie solche Bestellungen bestimmter Gesellen zustande kommen. Davidet, der Vorsitzende eines gelben Bezirksvereins, ging nämlich in die Bäckereien, um Mitglieder für seinen Verein zu werben. Bei solchen Gelegenheiten empfahl er den Meistern auch seine Vereinsmitglieder zur Arbeit, nicht zuletzt brachte er auch seine eigene Person in empfehlende Erinnerung. Auf diese Weise hat er auch die Berufswahlstellen bekommen, von der in einem der Artikel die Rede war. In den Vereinslokalen der Gelben vollzog sich die eigentliche Arbeitsvermittlung. Dahin gingen die Meister, unterzeichneten einen von dem gelben Verein gelieferten Zettel, wodurch beim Arbeitsvermittler Vogel ein bestimmter — natürlich gelber — Geselle bestellt wurde. So konnte sich Vogel auf seinen Schein berufen, die Gelben kamen in Arbeit und die Verbandsmitglieder hatten das Nachsehen. —

Zum Beweise dafür, daß diese Umgehung der Vorschriften zugunsten der Gelben im Einverständnis mit der Innung geschah, berief sich Schneider auf ein in dem Vereinslokale der Gelben aufgehängtes Plakat, worin es unter anderem heißt: „Die fremdwerbenden Gesellen haben sich um ... Lokal ... zu melden, sie werden nach Möglichkeit beim Stellenwechsel bevorzugt... Die Meister sind verpflichtet, bei Veränderungen dies im Vereinslokale zu melden...“ Durch den Vorsitzenden der Gesellenvereinigung werden passende Vereinsgefelle nachgewiesen und mit Hälfte des Innungs-Sprechbureaus in Arbeit geschickt.“

Das sind so einige der wesentlichen Vorgänge im Arbeitsnachweis, welche Schneider als skandalöse Schiegunen bezeichnet hatte, durch die der Korruption und der Bestechung Tor und Tür geöffnet werde.

Schon im vorigen Termine behandelte ein Zeuge, daß er Vogel besahen

habe, während Vogel unter seinem Zeugeneide mit größter Entschiedenheit in Abrede stellte, niemals außer der festgesetzten Gebühr Geldgeschenke von Arbeitsuchenden angenommen zu haben. Inzwischen haben sich mehrere Zeugen gemeldet, welche den Bericht über die vorige Verhandlung gelesen haben und jetzt ebenfalls bekunden wollen, daß Vogel von ihnen Bestechungen angenommen hat. — Vogel, der auch im gegenwärtigen Termine als Zeuge vereidigt wurde, behauptete wieder, er habe nie derartige Zuwendungen erhalten. Nur einmal sei ihm Geld mit der Post geschickt worden, das habe er aber der Armenkassa überwiesen. Alles, was hier gegen ihn vorgebracht werde, sei ein Komplott des

Bäckerverbandes, der ihn aus seiner Stellung als Arbeitsvermittler stürzen wolle. Das behauptete und beschwor Vogel. — Nun aber treten eine

Reihe von Zeugen auf, die ganz bestimmte Angaben über Bestechungen Vogels machten.

Erster Fall.
Zeuge Lepschinski: Im Jahre 1890 habe ich Vogel in seiner Wohnung 10 M. gegeben. Am folgenden Tage bekam ich Arbeit, obwohl ich nicht eingeschrieben war. Vogel sagte, von dem Gehalt, welches ihm die Innung gibt, könne er nicht bestehen, er sei auf Nebenverdienst angewiesen. Ein Jahr später schickte ich 6 M. mit der Post an Frau Vogel, diese Sendung bekam ich aber zurück.

Vogel: Das ist nicht wahr. Ich weiß nichts davon. Das ist ein Komplott, um mich abzujagen.
Zeuge Lepschinski: Sie wissen nichts davon? Ich habe doch damals in Ihrem Sprechbureau in Gegenwart von Zeugen zu Ihnen gesagt:

Sie alter Gauner, Sie Schieber, wir bekommen bloß Arbeit, wenn wir tüchtig bezahlen.

Warum haben Sie mich denn damals nicht angezeigt? Sie haben mich bloß rantschmeißen lassen, aber angezeigt haben Sie mich nicht. — Seit 25 Jahren habe ich in Berlin nie Arbeit bekommen, wenn ich nicht bezahle habe.

Zweiter Fall.
Zeuge Fechner: Am 8. Oktober 1895 habe ich Vogel 10 M. gegeben für eine Arbeit bei Meier, Gerichtsstr. 32. Am 29. Dezember 1895 hat mich Vogel wieder in Arbeit gebracht. Dafür habe ich ihm auch 10 M. gegeben. Durch Vorlegen des Arbeitsbuchs wies der Zeuge nach, daß er die beiden Arbeiten tatsächlich durch Vogel erhalten hat.

Vorsitzender: Herr Vogel, was sagen Sie dazu?
Vogel: Ich kann dazu gar nichts sagen, ich weiß nichts davon. Ich kenne den Mann gar nicht.

Zeuge Fechner: Als ich später einmal bei Vogel um Arbeit anfragte, sagte er: Fechner, Sie müssen sich aber erkenntlich zeigen. (Der Zeuge macht dabei die Daumenbewegung des Geldzahlens.)

Dritter Fall.
Zeuge Hase: Als ich 1895 vom Militär loskam, wurde mir gesagt, wenn ich Arbeit haben will, müßte ich Vogel etwas zustellen. Ich verfuhrte es damit, aber Vogel wies es zurück. Später aber nahm er doch Geld von mir. Ich habe ihm zweimal, als ich Arbeit erhielt, 9 Mark gegeben. Den Arbeitschein bekam ich auch nicht im Bureau, sondern in Vogels Wohnung. Ich habe auch damals eine Jirkusvorstellung mit Vogel und seiner Frau besucht und für beide bezahlt.

Vorsitzender: Sind Sie Herrn Vogel feindlich gesinnt? —
Zeuge: Nein. Ich habe den vorigen Prozeß in der Zeitung gelesen und mich verpflichtet gefühlt, zu sagen, was ich weiß.
Vogel: Ist mir alles unbekannt. Ich kenne den Zeugen nicht.

Vierter Fall.
Zeuge Kothke: Im Dezember 1895 habe ich durch den Restaurateur Krüger, Gipsstraße 28, an Vogel 5 Mark geben lassen, damit er mir Arbeit zuweist. Ein oder zwei Tage darauf bekam ich Arbeit durch Vogel.

Vogel: Krüger kenne ich, ich verkehrte auch bei ihm, aber was der Zeuge sagt, davon weiß ich nichts.

Fünfter Fall.
Zeuge Kalitta: Im März oder April 1900 habe ich Vogel in seiner Wohnung 3 M. in die Hand gegeben. Er nahm das Geld und hat mir einen Arbeitschein gegeben.

Vogel: Das bestreite ich ganz entschieden. Ich sage nur, das ist ein Komplott gegen mich. Die Leute sind alle beeinflusst.

Sechster Fall.
Zeuge Redwich: Vor ungefähr neun Jahren habe ich Vogel 5 M. mit der Post geschickt und darauf Arbeit bei Garz in Charlottenburg erhalten.

Vogel: „Ich weiß nichts davon.“

Siebenter Fall.
Zeuge Breitsprecher: Im Jahre 1898 hat mir Vogel eine Arbeitsstelle in Dahlwitz zugewiesen. Er machte viel Aufhebens davon, daß es eine gute Arbeit sei. Deshalb dachte ich, hier ist wohl mit 1 M. (der üblichen regelrechten Gehälter) nichts zu machen. Ich gab Vogel ein Zehnmarsstück. Er ließ es in der Bresttasche verschwinden, es schien mir aber, als ob es ihm nicht genug wäre. Vogel sagte, ich werde mal hinauskommen und mir die Sache ansehen. Er kam auch, aber ich gab ihm nichts mehr. Als ich wieder arbeitslos war, habe ich von Vogel keine Arbeit mehr bekommen. Erst nach 5 Monaten fand ich wieder Arbeit. Ich sagte damals zu meiner Frau, wenn ich Vogel für die Arbeit in Dahlwitz 20 M. gegeben hätte, dann würde ich nicht so lange hummeln brauchen.

Vogel: Ich war wohl bei dem Inhaber der Bäckerei in Dahlwitz, aber was der Zeuge von den 10 M. sagt, ist nicht wahr. Seit dem Streik 1904 wollen sie mich stürzen.

Achter Fall.
Zeuge Steinkopf: Ich habe im Jahre 1897 an Vogel 10 M. gegeben. Er stach das Geld ein und wies mir am anderen Tage Arbeit zu. 1900 war ich längere Zeit arbeitslos. Ein Kollege Wagner riet mir, Vogel 20 M. zu geben, dann würde ich gleich Arbeit bekommen. Ich ging dann zu Vogel. Er verschaffte mir Arbeit bei Krubler. Ich gab Vogel 15 M. in einem Säckchen. Er nahm das Geld und sagte: Na, auf Ehrenwort.

Vorsitzender: Nun, Herr Vogel, was sagen Sie dazu? Bei dem ersten und zweiten Zeugen konnte man im Zweifel sein. Aber das ist nun der so und sovielte.
Vogel: Herr Direktor, ich kann nur sagen, das ist alles nicht wahr.

Neunter Fall.
Zeuge Wagner: Es wurde allgemein erzählt, daß Vogel Geld von den Arbeitsuchenden nimmt, daß ich mit Steinkopf darüber gesprochen habe, weiß ich nicht.
Zum Verteidiger des Nebenklägers Vogel, Rechtsanwalt Löwe, ist Bäckermeister Thier als Zeuge geladen, um die Glaubwürdigkeit des Zeugen Steinkopf zu erschüttern. Rechtsanwalt Löwe fragt den Zeugen Thier, ob Steinkopf wegen Diebstahls von ihm entlassen sei. — Zeuge Thier: Nein, wegen Diebstahls ist er nicht entlassen, sondern weil er eine Stelle verließ, hat er sich jedesfalls anzueignen. — Steinkopf bemerkt dazu, er habe die Stelle, die allerdings an einem unwechten Ort gefunden wurde, nicht verließ.

Zehnter Fall.
Zeuge Schüler gibt an, er habe im Jahre 1898 für ein an Vogel gegebenes Geschenk von 2 M. eine Stelle erhalten, obwohl er kein Arbeitsbuch hatte.

Vogel: „Ich weiß nichts davon.“

Elfter Fall.
Zeuge Weser: Vor zehn Jahren ging ich in Vogels Wohnung, um mir Arbeit geben zu lassen. Es war nur Frau Vogel anwesend. Ich legte ihr mein Arbeitsbuch und 20 M. auf den Tisch.
Vorsitzender: Also das haben Sie nicht Vogel gegeben. Das hat die Frau bekommen und die hat vielleicht gedacht, Sie haben das Geld vergessen.
Zeuge Weser: Vogel hat aber doch das Geld behalten. Einige Monate später wollte ich von Vogel Geld borgen, weil es mir schlecht ging. Da gab er mir 6 M. von meinem Gelde zurück.

Entlastungszeugen.
Zeuge Hohmann ist Wirt der Bäckereiherberge, in deren Räumen sich Vogels Bureau befindet. Der Zeuge weiß nicht, hat auch nicht gehört, daß Vogel Geld von Arbeitsuchenden nimmt. — Fräulein Hohmann, die Tochter des Wirtes, sagte aus, Vogel habe sie im Laufe der letzten fünf Jahre 4 oder 5 mal in sein Bureau gerufen, damit sie sehe, daß Vogel Geld, welches ihm per Brief zugegangen war, wieder zurückschickte.

Zwölfter Fall.
Zeuge Köhler, der in Durlach kommissarisch benommen wurde, hat ausgelegt: Ich habe mich im Herbst 1900 an das Innungsbureau in Berlin um Arbeit beworben. Vogel ersuchte mich, ihn in seiner Wohnung aufzusuchen. Ich ging hin. Vogel sagte zu mir, ich solle mich erst in den Bund (den Gelben) aufnehmen lassen. Ich bekam durch Vogel eine Stellung zugewiesen. Vogel sagte zu mir, wenn mich jemand vor dem Hause fragen sollte, dann solle ich nicht sagen, daß ich Bäcker bin.

Staatsanwalt Hoffstedt vertrat die Ansicht, daß dem Angeklagten der positive Beweis für die Behauptung, Vogel habe skandalöse Schiegunen begangen, nicht gelungen sei. Einzelne Fälle von Bestechungen seien ja glaubwürdig befunden. Das sei aber verschwindend wenig im Verhältnis zu der großen Zahl von Arbeitsvermittlungen, die der Nebenkläger im Laufe der Jahre vollzogen habe. Daß Vogel Geld genommen habe, lasse sich nicht bestreiten. Aber die hier vorgebrachten Fälle lägen ja alle vor dem Jahre 1900, sie reichten nicht aus, um die dem Nebenkläger gemachten Vorwürfe als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Der Schutz des § 193 stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, denn er sei ja nicht mehr Bäcker, seine Interessen würden durch die in Rede stehenden Angelegenheiten nicht berührt, außerdem sei auch die Form, welche der Angeklagte gebrauchte, beleidigend. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beleidigung Vogels und Davidets eine Geldstrafe von 100 M.

In ähnlichem Sinne plädierte Rechtsanwalt Löwe als Verteidiger des Nebenklägers.

Verteidiger.
Rechtsanwalt Heine mann wies durch eingehende juristische Darlegungen nach, daß dem Angeklagten sowohl als Vorsitzenden des Bäckerverbandes wie auch als Redakteur des Jahrganges der Schutz des § 193 zuerkannt werden müsse. Dessen Standpunkt habe das Reichsgericht hinsichtlich der Redakteure von Hochzeitzungen stets eingenommen. Der Angeklagte habe berechtigtes Interesse vertreten, um so mehr als ja ein Tarifvertrag bestand, den er mitunterzeichnet hatte. Somit fallen alle tatsächlichen Angaben der Artikel unter den Schutz des § 193. Es könne sich nur fragen, ob aus der Form eine beleidigende Absicht hervorgeht. — Hinsichtlich des Falles Davidet sei ja der Wahrheitsbeweis nicht gelungen, doch habe der Angeklagte den Umständen nach annehmen können, daß seine Angaben richtig seien. Zum Beweise der Bestechungen sei ein so erdrückendes Material vorgebracht, daß es gar nicht angebracht erscheine, darauf noch näher einzugehen. Die Innung sei eine öffentlich rechtliche Korporation. Vogel, als Beamter der Innung, müsse als mittelbarer Staatsbeamter angesehen werden. Wenn ein Mann in solcher Stellung so vorgeht, wie es hier befunden ist, so ist das doch unerhört. Neun oder elf Zeugen haben ausgesagt, daß sich Vogel bescheuen ließ. Der Angeklagte habe weiter erwiesen, daß Vogel die Arbeitsnachweisordnung verletzt hat, indem er nicht nach den geltenden Bestimmungen, sondern nach Gunst Arbeit vergab. Hierüber mußte der Angeklagte mit Recht empört sein, denn es seien doch die Armen der Innung, denen Vogel erst zehn bis zwanzig Mark abknöpfte, ehe er ihnen Arbeit gab. Die Ausdrücke, mit denen der Angeklagte dieses Vergehen kennzeichnete, ließen immerhin noch eine gewisse Zurückhaltung erkennen. Was Fräulein Hohmann behandelte spricht nicht für, sondern gegen Vogel. Wenn Vogel Geld geschickt bekommen, so beweist das doch, daß die Meinung allgemein verbreitet ist, man müsse ihm Geld geben, um Arbeit zu bekommen. Vogel bekommt also Geld, aber er ruht in fünf Jahren 4 bis 5 mal Fräulein Hohmann herein, um eine Leugnung dafür zu haben, daß er Geld zurückschickt. Zeugen braucht man doch in solchem Falle nicht, wenn man ein gutes Gewissen hat. Aber man braucht sie als — vorsichtiger Mann, damit man nötigenfalls später einen Alibibeweis führen kann. Wenn man alle diese Umstände erwägt, ist es verzeihlich, wenn der Angeklagte in der Wahl seiner Ausdrücke zu weit gegangen sein sollte. Selbst für den Fall, daß das Gericht eine formelle Beleidigung für vorliegend halten sollte, sei eine geringe Geldstrafe ausreichend.

Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld führte in längerer Darlegung aus, daß alles erwiesen sei, was der Angeklagte hinsichtlich der parteiischen Arbeitsvermittlung, der Begünstigung der Gelben und des sonstigen Verhaltens Vogels behauptete. Es sei erwiesen, daß Vogels Verhalten in der Schlichtungskommission scharf kritisiert wurde, daß ihm in der Schlichtungskommission die heftigsten Vorwürfe gemacht wurden, es sei ferner festgestellt, daß Vogel schon früher einmal von der Innung in Ordnungstrafe genommen wurde, weil er seinen Reffen bei der Vergabe von Arbeit bevorzugte. Anstatt nun vorsichtig zu sein, habe Vogel sein Amt weiter genützt. Der Staatsanwalt habe sich darauf berufen, daß die hier zur Sprache gebrachten Bestechungsfälle längere Zeit zurückliegen. Ja, wenn für die jüngere Zeit nichts bekannt wurde, so sei doch damit nicht bewiesen, daß gegenwärtig nichts derartiges mehr vorläge. Es sei damit nicht erwiesen, ob Vogel sein früheres Verhalten geändert hat. Die Zeugen, welche Bestechungen behaupteten, seien nicht vom Angeklagten ermittelt worden, sondern freiwillig haben sie sich angeboten, um ihrer Empörung darüber Ausdruck zu geben, daß Vogel im vorigen Termine beschworen hat, er habe niemals Geld genommen. Wenn sich nicht Leute gemeldet haben, die Vogel noch in jüngerer Zeit bestochen haben, so würden sie wohl mit gutem Grunde Abneigung haben, hier als Zeugen aufzutreten. Da der Wahrheitsbeweis gelungen sei, im übrigen dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite stehe, so müsse er freigesprochen werden.

Schlussswort des Angeklagten.

Schneider, der das letzte Wort erhielt, sagte, er habe nicht nur aus den von der Verteidigung angeführten Gründen ein berechtigtes Interesse an den Zuständen im Arbeitsnachweis, sondern auch deshalb, weil er als Verbandsangestellter alljährlich zur Wahl stehe. Wenn er nicht wiedergewählt würde, müsse er sich auch wieder Arbeit als Bäcker suchen. Die Mißstände in der Arbeitsvermittlung seien wiederholt in der Schlichtungskommission zur Sprache gebracht worden. Erst als das alles nichts half, habe er die Angelegenheit im Verbandsorgan erörtert. Da der Staatsanwalt Gewicht darauf legte, daß die Angriffe auf Vogel in einer friedlichen Zeit erfolgt seien, so bemerke er, die Artikel seien im Interesse der Erhaltung des Friedens geschrieben, die Artikel sollten die Abklärung von Mißständen bewirken, welche schließlich zum Kampfe führen mußten. Der Kampf sei ja dann doch ausgebrochen. Der letzte Streik habe ja seine Ursache darin, daß die Innungen es ablehnten, die vertraglich vereinbarten Reformen des Arbeitsnachweises durchzuführen.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung des Gerichts verließ die Verhandlung um 1/9 Uhr abends das

Urteil:
Das Gericht ist davon ausgegangen, daß der Angeklagte durch seine Artikel berechtigtes Interesse vertreten wollte und auch vertreten hat. Aus der Form und aus der Wahl der Worte ergibt sich aber die Absicht der Beleidigung. Bezüglich des Davidets ist erwiesen, daß die über ihn aufgestellten Behauptungen nicht wahr sind. Hinsichtlich des Artikels, der sich mit Vogel beschäftigt, müßte dem Angeklagten nachgewiesen werden können, daß seine Behauptungen nicht wahr sind. Dieser Nachweis konnte nur geführt werden durch das

Verband der handgewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Telephon: Amt 4, Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, ptr. Telephon: Amt 4, Nr. 4493.

Sektion der Töpferträger.

Donnerstag, den 14. November cr., abends 8 Uhr, im Lokal von Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Streif. 2. Diskussion. — In dieser Versammlung werden die neuen Tarife ausgegeben.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe keinen Zutritt.

Um recht regen Besuch ersucht

Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Kopenstr. 29 (früher Keller):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechenbericht vom dritten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, Bericht des Bibliothekars, der Arbeitsmittler, der Werkstattkontrollkommission und der Schlichtungskommission. 3. Wahl eines Mitgliedes zum Ausschuss. 4. Verbandsangelegenheiten.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 17. November, u. Mittwoch, den 20. November:

Urania - Vorstellungen.

Zum Vortrag gelangt: Ueber den Brenner nach Venedig. Billetts sind auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15 I, Zimmer 11, zu haben.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Donnerstag, den 14. November, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Zacharias, Strömstr. 28.
- Bezirk 2. Freitag, den 15. November, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Wilke, Brunnenstr. 188.
- Bezirk 3. Freitag, den 15. November, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Märten, Pappel-Allee 25.
- Bezirk 4. Donnerstag, den 14. November, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Polst, Marchstr. 18.
- Bezirk 5. Freitag, den 15. November, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Karl Grumbach, Schönleinstr. 6. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Ernst Obit über: Die Einführung der Schauffenselbststeuer und ihre Folgen für das Gastgewerbe.
- Bezirk 6. Freitag, den 15. November, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Wilh. Witewka, Lothringenstr. 9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1987

Achtung! Graveure, Ziseleure!

Donnerstag, den 14. November 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Lokal Lebensquelle (früher Arminhallen), Kommandantenstraße Nr. 20.

Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über: „Der Wert des Zusammenschlusses der Kräfte.“

Da keiner in dieser Versammlung über unsere weitere Stellungnahme in den einzelnen Branchen beraten werden soll, ist es unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

NB. Jeder unorganisierte Kollege ist einzuladen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß jetzt der Metallarbeiter-Notizkalender 1908

im Bureau Charitéstr. 3 zu haben ist. Bestellungen können auch bei jedem Bezirkskassierer und Vertrauensmann gemacht werden. Das Stück kostet 60 Pf.

Neue Zahlstellen sind errichtet bei:

Georg Karsowski, Berlin N., Gartenstraße 48, Max Goebel, „ „ Gleimstraße 30, Hugo Kunze, „ „ Lottumstraße 26.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(E. O. Nr. 2 Hamburg.) Centralverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Verschiedene Kassensachen. Der Vorstand. H. H.: Richard Schröder, Lützowstr. 82.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade II. (Stath. Börsen).

Möbel- und Polsterwaren. Solide Preise. Teilzahlung gestattet. Fr. F. Burgemeister, Berlin O., Brühlstraße 28.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Rm 278/9 Donnerstag, den 21. November 1907, abends 8 Uhr, findet in Wilhelmshof, hier, Ebersstraße 82 — kleiner Saal, 1 Treppe — eine

Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Wahl von Vorstandsmitgliedern und zwar

a) eines Arbeitgebers, b) dreier Arbeitnehmer. 2. Wahl dreier Revisoren der Jahresrechnung 1907.

3. Bericht über den Stand der Kasse, sowie Erörterung der Frage „Einführung einer höheren Mitgliederklasse“. 4. Referat des Herrn Dr. Galle (Generalversammlungsvertreter) über Einführung der freien Arztwahl. 5. Besprechung des Mitgliedes Künze über die Geschäftsführung des Vorstandes. 6. Verschiedenes.

Schöneberg, den 11. November 1907. Der Vorstand, Flamm, Vorst., F. Goll, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Finngießer zu Berlin.

Donnerstag, den 21. November cr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 10:

Mitglieder-Versammlung.

Hierzu werden sämtliche Herren Arbeitgeber, welche ein Drittel aus eigenen Mitteln zur Kasse zahlen und sämtliche großjährige Kassensmitglieder hiermit eingeladen.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von 30 Vertretern der Arbeitgeber. 2. Wahl von 61 Vertretern der Arbeitnehmer. 3. Verschiedenes. Berlin, den 12. November 1907. Der Vorstand.

Neu erschienen: Referenten-Führer

Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokrat. Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens von Eduard David. Preis 1,50 Mk.

Sozialismus und Kolonialpolitik.

Eine Auseinandersetzung von Karl Kaatsky. 224/15* Preis 50 Pf. In besserer Ausstattung 1 Mk. Expedition des Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69 (Laden).

Husten, Keiserkeit, basilligen wunderbarlich und schnell die berühmten Hustentropfen

von Otto Reichel. Nur socht, wenn mit Raute „Medico“ verflochten. Flasche 50 Pf.

In allen Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.

Herrengarderobe Woche 1 Mark.

A. F. Fischer, Brühlstr. 12. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 17. November 1907:

::: Stiftungsfest :::

in folgenden Lokalen:

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Auftreten der Gesellsch. Strzelewicz. Kellers Festsäle, Kopenstr. 29. Auftreten der Volksänger-Gesellschaft Lewandowsky. Elysium, Landsberger Allee 40a.

Boekers Festsäle, Weberstr. 17. Mitwirkung der beliebten Vortragskünstlerin Frau Margarete Walkotte, Herr Emil Richard, bedeutendster Dialektumorist der Gegenwart. Männerchor 1905 und Gesangverein „Norddeutsche Schleife“, Reigenfahrten.

In sämtlichen Lokalen: **Konzert und Tanz.** Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Billetts: Vorverkauf 25 Pf., an d. Kasse 30 Pf. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung! Achtung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneigern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als sichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu Hilfe zu rufen. Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten. Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitlöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen. Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen von Herren- und Knaben-garderobe in Zukunft nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

- Norden:** „Offnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185. Diese Firma stellt den größten Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her. Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 53. „Blitz“, Rosenthalerstr. 9. „Blitz“, Chausseest. 85. Diese Firma stellt den größten Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her. Baer Sohn, Chausseest. 29/30. Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 24 Arbeiter und hat die neunstündige Arbeitszeit eingeführt.
- Osten:** „Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 187. „Blitz“, Frankfurter Chaussee 19, Vichtenberg. Haake, Landsbergerstr. 91. Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.
- Süden:** „Blitz“, Kottbusser Damm 29/30. Geitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41, stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.
- Westen:** „Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10. Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt: S. Adam, Leipzigerstr. 27/28. Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3. Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1. Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5. Sachse, Gr. Frankfurterstr. 132. Max Schendel, Rosenthalerstr. 8. D. Perleberg, Chausseest. 57; hatte eine Betriebsstätte eröffnet, dieselbe aber wieder geschlossen, nachdem das Kammergericht ein für uns ungünstiges Urteil gefällt hatte. Alex. Bohne, Landsbergerstr. 79. Kommandithaus Schendel, Dranienstr. 38.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Die Ortsverwaltung.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger. Britton als Kate im Familienbad Wannsee. Anf. Sonntag 8. Sonntags 7 Uhr.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. eventuell auch auf Teilzahlung. **Paul Burow's Möbel-Fabrik** Berlin SW., Lindenstraße 105. 49821*

Pfingst'schen Konkurses

sollen die aus der Masse herstammenden Waren und andere Gelegenheitskäufe wegen Übergabe nach Möglichkeit geräumt werden.

Die Preise sind beispiellos billig herabgesetzt!

Bei der jetzt noch sehr großen Auswahl an allen Abteilungen und den wirklich sehr billigen Preisen ist die

beste Gelegenheit für sehr vorteilhaften Weihnachtsverkauf geboten.

Verkaufsort: Königstraße 33 Ecke Neue Friedrichstraße **Königstraße 33**
direkt am Bahnhof Alexanderplatz und der Zentral-Markthalle.

Die Spielwaren-Ausstellung in der III. Etage ist eröffnet!

Restaurant „Zur Mühle“ Miersdorf
15 Minuten vom Bahnhof Zeuthen
hält sich allen Freunden, Bekannten, Parteigenossen u. Vereinen
Tel.: Zeuthen Nr. 44. Bestens empfohlen! **Ernst Lier.**

Steyppdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72
wo auch alle Steppdecken aufgebübelt
werden. **Reinhard Strombandel,**
Berlin S 14. Illust. Katalog gratis.

Damen,
die viel Geld sparen wollen, kaufen ihre
Mäntel, Kostüme, Jackets, Röcke o.c.
im Engros-Geschäft von **A. Schwarz**
für die Hälfte des regulären Preises!
Waldmannstr. 1, Ecke Landsbergerstr.
I. Etag. Kein Laden. Gr. Lager.

Zahnärztliche Klinik
106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Kloben m. d. Kunst-
lagen berechnet. — Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 882*

Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. November 1907, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
48 30 218 447 [500] 701 904 22 1104 235 77 587 619
63 712 39 [1000] 899 943 2044 192 97 235 253 456 [3000]
24 [5000] 801 85 982 3282 306 674 807 4141 81 [500] 259
[500] 719 [5000] 810 5251 327 415 807 41 85 900 [5000]
64 6081 300 870 702 918 7313 20 801 [500] 84 8243 44 473
942 85 754 [500] 76 337 9121 335 50 334 [3000] 945 94 [500]
10 1042 [5000] 123 463 362 85 429 763 91 329 11479
612 22 606 [2000] 128 [500] 221 440 320 850 913
13207 96 248 52 [500] 262 14118 248 327 687 862 70 [500]
893 15103 380 403 374 96 609 350 [500] 16018 45 236 292 621
45 894 246 [17000] 420 93 190 503 83 [500] 246 298 [1000]
19128 [1000] 381 449 377 900
20407 896 2100 [500] 645 78 874 [3000] 22004 53
209 260 470 659 65 88 758 26 818 [23000] 430 [500] 878 930
24402 [3000] 78 358 760 25222 560 714 800 [500] 22 56
26697 247 321 92 487 511 709 [500] 93 27055 248 325
428 506 611 79 873 309 28145 215 65 208 71 811 210
[1000] 84 891 984 20125 221 309 [500] 477 [500] 618
30024 139 582 877 31016 214 254 598 715 890
32106 85 573 637 76 879 62 508 97 33023 174 234 18
39 434 573 78 [500] 97 635 46 784 913 34164 [500] 296
217 796 837 35277 85 522 794 557 932 36113 36 211 381
407 587 628 787 945 71 [500] 37144 56 [500] 95 890
844 738 93 828 125 93 428 743 [500] 39116 350 420 [500] 299
40084 139 34 284 [500] 86 211 21 63 454 827 [500]
603 83 [41000] 629 [1000] 741 800 26 967 42022 259
26 282 544 [500] 99 43008 21 150 320 455 797 [500] 44 149
[1000] 357 [500] 93 [500] 704 78 [500] 45008 96 149
10000 421 432 632 809 46189 231 749 [3000] 59 [1000]
808 27045 272 421 599 736 805 48298 811 53 27 59 700
90 886 919 [500] 81 25 85 49 290 289 903 [1000] 21
50 914 114 [500] 95 282 67 533 77 [500] 81 978 51006
206 [500] 411 [500] 639 [1000] 52168 409 545 627 815 18
53133 496 630 89 895 915 54152 91 533 35 [1000] 86
609 31 715 808 53229 199 [1000] 56023 238 422 213 834
57181 [1000] 282 235 [1000] 461 621 [500] 58244 309
605 819 59189 201 626 69 723 830
60814 89 201 650 802 61829 62275 239 54 451 871
70024 814 501 63353 448 59 822 71 16 884 64187
828 62 674 737 66 848 85 [1000] 76 369 65003 112 218
445 [1000] 83 543 67 923 66081 126 244 [500] 79 375 621
53 770 [1000] 812 204 [500] 67300 [500] 93 539 590
61 609 23 750 68044 425 697 [500] 687 789 69028 280
211 32 [500] 83 424 601 53 702 71 79 [500]
70189 768 835 71804 44 302 [1000] 877 72916 127
714 253 489 207 602 122 869 [500] 73087 301 914
74698 [1000] 124 35 45 281 350 409 30 [500] 517 20 58 59
678 982 75232 808 76126 238 413 678 50 84 129 77016
[500] 120 120 120 25 312 28 283 457 789 [1000] 925 71
78311 412 514 87 857 70015 181 448 57 542 [500] 894 57
80112 39 233 277 81 625 13 81140 49 321 452 678
82255 199 755 67 83200 802 82 [500] 723 56 [500] 80
894 84129 21 305 332 812 [1000] 19 49 [500] 717 71 900
94 85092 118 940 86028 49 62 777 [3000] 200 83 [500]
91 [500] 213 34 448 [500] 60 129 711 [1000] 75 36 823
[500] 87003 205 488 572 697 783 834 277 99 88008 36
250 60 [500] 98 468 651 [1000] 764 801 88 929 60 89084
149 25 353 422 690 747
90063 324 730 91084 271 489 47 576 615 92124 222
54 70 93125 43 238 43 310 29 [500] 400 502 67 805
53 27 978 94035 132 95 [1000] 4500 678 771 815
95015 119 236 504 43 410 23 798 976 95104 231 54 348
907 50 758 828 [500] 91 [1000] 903 91 97049 190 210 359
638 215 65 70 907 98129 [1000] 71 93 356 452 65 712
43 893 95 [2000] 840 74 [1000] 99149 194 565 901 772
100047 112 47 223 [1000] 300 [500] 24 [500] 482
839 76 781 [5000] 856 101083 [1000] 182 240 95 893
543 613 753 990 102155 508 726 103445 315 65 403 880
961 104091 228 [1000] 70 335 85 401 943 814 33 849
105194 [500] 235 [500] 521 723 49 801 927 106141
[500] 372 401 626 797 107122 82 836 445 640 694 47
781 98 800 947 50 108214 489 535 900 [500] 64 703 823
94 897 109074 129 618 894 88
110047 111 21 [500] 26 45 65 875 [500] 807 111114
55 283 89 351 408 732 850 69 112091 140 233 478 679
113107 409 239 433 45 742 854 54 67 114254 245 48 98
433 691 732 866 115483 645 719 11056 81 216 47
85 421 40 77 878 83 128 810 53 117013 36 136 349 73
841 118472 205 25 53 900 731 214 23 11 119358 436
621 728 24 509
120060 93 770 327 [500] 88 [500] 581 681 121302
68 293 706 895 965 95 [3000] 122056 181 [1000] 96
252 387 443 561 78 811 983 123017 59 [1000] 266 481
504 68 637 [1000] 798 902 20 124004 14 83 240 64 90
252 93 883 925 125010 66 [3000] 354 700 801 847 80
126713 460 610 523 127185 [3000] 62 93 443 40 [3000]
715 128343 [500] 53 97 866 94 129022 39 293 671 717
854 63 93
130008 [3000] 423 [500] 78 650 754 804 [500] 71
131005 50 315 563 132427 687 744 561 133141 [500]
402 18 40 [1000] 75 540 609 759 970 134120 [1000]
294 [1000] 353 510 39 [500] 912 [3000] 56 135519 [500]
878 136243 254 609 43 43 67 137048 97 230 44 471
703 891 138014 81 272 49 257 526 788 890 976 139222
23 281 [1000] 462 798 [1000] 907 [1000] 79
140074 243 942 141085 [500] 294 435 815 749
923 21 79 142072 119 14 36 81 [500] 241 63 [1000] 97
407 [3000] 533 697 [1000] 880 890 143089 131 444
70 217 24 981 89 144241 414 771 810 28 980 145113 213
808 146128 233 475 509 748 [3000] 82 [1000] 809 71

917 147210 494 792 873 79 148100 81 207 374 433 801
859 149010 40 330 450 29 568 767 823 45 [500] 914
150205 90 160 63 744 151000 42 [500] 69 99 407
777 890 903 55 [500] 152055 234 66 69 [1000] 681 84 824
153108 25 720 154173 [1000] 80 [500] 202 315 419 681
[1000] 155118 243 [500] 409 56 [500] 702 70 901 156173
244 349 926 157056 123 73 294 63 297 609 602 42 83 795
813 20 158425 [1000] 888 159048 [500] 66 205 229 51
629 998
160110 455 71 337 991 161034 208 [1000] 69 504 718
925 162402 865 696 819 29 71 927 [1000] 163033 333
164074 109 304 523 97 613 716 165079 191 50 223 57
418 609 744 827 166019 215 19 220 702 926 87 167887
401 [500] 71 522 723 48 858 168001 478 536 778 844
49 169020 321 70 400 557 70 714 [1000] 82
170088 200 63 481 [1000] 565 67 770 832 171078
22 849 756 172013 [500] 19 25 230 753 80 [3000] 886
917 84 173486 501 25 82 [500] 723 48 174390 25 81
491 67 578 [500] 794 872 175288 294 443 [3000] 200 738
84 896 920 85 176413 39 538 [500] 79 629 29 784 177126
50 235 397 469 70 630 [1000] 630 [3000] 27 730 828 888
178180 [500] 445 637 770 927 31 179061 70 201 [500]
48 61 525 679 759 843
180021 [1000] 422 573 915 181004 117 73 261 479
568 [1000] 968 [500] 182025 97 92 364 231 881 980
183026 62 69 194 [1000] 374 435 [500] 658 666 998
184053 282 [500] 397 905 [500] 185121 [1000] 68 229
210 [5000] 487 622 853 67 186082 76 191 [1000] 407 60
599 790 188412 [500] 20 561 673 847 48 [500] 927 70
188011 128 271 701 [3000] 27 70 914
190100 10 100 208 57 244 51 82 97 688 865 971 [3000]
191010 383 407 189 642 43 857 854 [500] 192116 [500]
73 709 31 829 193275 [500] 194222 441 93 97 653
763 228 195220 427 45 823 43 94 972 196112 125 362
943 197048 228 504 795 727 894 935 198114 723 972
199024 61 86 146 [500] 447 791 803 997
200022 89 383 719 99 201027 137 58 246 88 306
423 50 89 [3000] 302 683 304 202148 52 203 421 [500]
53 205 756 805 987 203080 197 296 336 625 204200 633
[500] 932 81 365341 486 206121 [1000] 355 434 73 509
922 [500] 207952 153 272 21 33 48 299 [500] 489 582
[500] 754 [1000] 717 208019 219 529 896 [500] 22 201
[500] 209059 143 73 471 [500] 672 833 57
210041 97 [1000] 117 55 213 229 70 760 669 [500]
211028 423 24 [1000] 212175 261 654 716 821 213021
527 31 [1000] 215085 [500] 210 420 583 801 4 216041
45 57 65 250 77 952 217004 55 [500] 305 [1000] 21
43 279 [500] 1000 [500] 30 767 218015 [500] 82 103 50
449 668 83 [1000] 910 [500] 219004 79 126 29 221 554 613
230 110 609 903 93 [500]
220138 422 332 787 221009 317 607 978 222026
110 26 223 427 89 213 58 761 84 223220 258 509 806 926
[500] 62 82 85 224009 129 87 223 301 225000 [1000] 102
14 428 73 97 615 24 840 49 72 [500] 224072 119 266 50
617 [1000] 833 227005 121 404 396 629 753 815 228164
312 828 229127 949 [1000] 480 741 43 52 822 48
229006 [3000] 12 752 870 50 [1000] 231335 327
608 81 767 825 21 40 232025 173 139 252 210 30 417 27
843 83 [500] 29 823 67 859 233011 99 127 223 332 517
96 658 [500] 43 791 909 234270 50 46 398 505 721 827
235414 [500] 21 236053 512 604 711 55 855 [500] 973
237119 643 710 189 78 829 52 921 71 74 77 98 238071 [500]
82 112 63 212 622 609 789 239087 412 96 490 [1000] 864
240219 409 500 [500] 71 827 241044 108 714 243
687 829 242182 308 85 416 [3000] 21 68 243022 502 52 431
203 732 84 244000 149 414 65 69 555 762 245109 237
377 444 533 592 894 82 197 246070 121 547 [500] 812
[500] 849 [1000] 247422 [3000] 93 528 443 79 816 [500]
30 840 90 248084 173 228 [1000] 48 92 [3000] 44 334 866
82 719 92 987 249066 [1000] 18 [500] 319 200 [1000]
621 79 92 841 907 43 71
250041 235 68 335 407 589 639 730 844 [500] 251181
410 732 831 252171 73 305 44 504 577 612 25 246 81
253871 314 38 438 [1000] 44 78 254013 30 30 94 621
[500] 97 130 [500] 255341 341 419 707 810 29 [500] 83
256036 72 171 494 [3000] 255 674 [1000] 737 61 257213
798 258042 232 478 933 [1000] 723 849 [500] 67 259023
208 431 693
260087 430 96 605 25 99 728 560 261232 345 486
38 550 604 36 75 [500] 945 262077 [500] 110 29 43 82
250 423 75 80 807 263174 642 722 [500] 80 878 901
264121 246 470 70 321 610 265409 124 244 505 798 884
266016 266 58 140 99 267033 [1000] 65 147 [500] 284
478 50 266 83 685 901 268200 403 [500] 700 881 216
60 [500] 269030 794 99 822 [3000] 83 990
270089 201 308 400 35 68 87 542 13 605 80 [500]
975 271133 201 [500] 773 75 703 871 272043 290 306
[1000] 11 96 30 967 273371 [500] 437 573 714 967
274363 98 310 21 619 8010 500 [500] 271 008 95 719
889 125 23 73 276062 79 173 315 29 566 713 179 277773
154 [500] 293 367 441 767 801 99 278068 50 [500] 173
97 [500] 278 324 397 40 63 656 726 310 [500] 279213
90 437
280030 89 179 25 577 819 281689 553 63 977
282008 91 221 370 [1000] 645 909 81 283063 294 [1000]
94 [1000] 97 [500] 350 95 [500] 407 21 36 528 603 930
[500] 284061 120 380 462 618 78 [3000] 285007 125 [500]
84 493 95 548 [500] 286346 779 874 92 287036 213 500
67 618 20 723 943
Im Gewinrade verbleiben: 1 Prämie zu 300 000 M.,
1 Gewinn à 200 000 M., 1 à 200 000, 1 à 100 000, 2 à
100 000, 2 à 75 000, 1 à 60 000, 3 à 50 000, 1 à 40 000,
12 à 30 000, 21 à 15 000, 61 à 10 000, 112 à 5 000, 1712
à 2000, 2690 à 1000, 4150 à 500.

6. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. November 1907, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
464 35 85 528 558 80 829 69 79 1232 337 816 908 2057
136 212 3044 74 213 354 [3000] 483 514 4147 69 323 497 506
624 73 745 50 824 77 942 77 91 5102 5 25 229 773 810 [5000]
649 6053 182 245 61 7010 256 [500] 409 45 549 667 [500]
79 24 823 38 39 8141 62 306 486 505 736 800 46 936
9067 183 307 27 [1000] 30 750 871 [500]
10128 69 464 89 650 11978 159 239 625 756 95 [500]
12630 215 294 431 70 [500] 588 719 388 13028 [1000] 149
[1000] 814 803 [3000] 94 [1000] 606 74 89 14121 907
15109 46 [1000] 91 427 578 881 197 690 906 16181 296 521
880 [500] 98 17136 301 426 97 84 604 44 838 18141 377
435 44 [1000] 758 973 1997
20178 337 [1000] 63 461 686 783 95 [500] 864 2106
[500] 231 38 79 533 413 18 943 22078 371 426 814 738 833
23160 200 64 [500] 872 89 784 24032 278 858 25171 [1000]
354 [500] 815 461 664 794 839 26077 357 [500] 458 589
681 [500] 821 27009 69 199 391 326 87 564 [500] 618
[1000] 45 76 28196 317 23 494 329 29047 128 267 614 15 83
30139 73 418 315 25 [1000] 628 [500] 715 22 53
33407 331 81 810 33 34182 225 28 40 81 446 81 533 661
390 35110 84 243 233 010 49 [500] 806 36172 264 641 631
91 87 99 37024 [500] 124 78 203 42 267 694 [500] 28 84
73 83228 42 [1000] 620 810 45 994 39025 [500] 76 163
289 608 29 6

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Strala. Die Zahlabende finden regelmäßig jeden zweiten und dritten Mittwoch jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.

Tempelhof. Die Genossen des 2. und 8. Bezirks werden hierdurch aufmerksam gemacht, daß von jetzt ab der Zahlabend nicht mehr gemeinsam, sondern getrennt abgehalten wird.

Nieder-Schöneweide. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der heutige Zahlabend in drei Lokalen stattfindet, und zwar für den 1. Bezirk, umfassend die Sedan-, die Kölnische- und die Berlinerstraße bis zur Bräuerstraße, bei Julius Fischer, Berlinerstr. 92.

Karlshorst. Parteigenossen! Heute abend 8 1/2 Uhr findet der Zahlabend im Lokale des Herrn A. Sabrowski statt.

Am Sonntag, den 18. November, findet im Lokale des Herrn Bartels, Prinz Adalbertstraße (Ecke Hönower Wiesenweg) ein Unterhaltungsabend statt. Eintritt frei. Zahlreiches Erscheinen zu beiden Veranstaltungen erwartet.

Wahlverein Eichwalde. Der Zahlabend findet heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Eichwalde bei Witte, Riersdorf bei Pter und Zeuthen bei Raabe statt.

Berliner Nachrichten.

Sind Arbeiter vogelfrei?

Am 8. Juli erhielt der Arbeiter Hermann John einen unumschränkten Strafbefehl in Höhe von 20 M., weil er auf dem Spreewaldplatz vor dem Götlicher Bahnhof einen Aufruhr verursacht und die Anordnung eines Polizeibeamten nicht befolgt haben sollte.

Fälle wie den vorstehend geschilderten haben wir wiederholt mitteilen und dringend um generelle Maßregeln zur Abhilfe solcher Zustände ersucht. Durch die Geltendmachung eines Entschädigungsanspruches gegen den schuldigen Beamten — welcher Beamte wird für schuldig erachtet werden — würde dem Recht nicht Genüge geleistet.

Ein starker Nebel, der sich besonders auf freien Plätzen verdichtete, erschwerte gestern morgen den Großstadtverkehr. Hauptsächlich in der achten Stunde wurde die Luft fast undurchsichtig, so daß man in den Straßen kaum dreißig Meter weit zu blicken vermochte.

Eine ungewöhnlich langanhaltende Verkehrsstörung wurde durch die Witterung am gestrigen Nachmittag in der Friedrichstraße herbeigeführt. Als gegen 5 Uhr ein leichter Regen niederrieselte, wurde das Asphaltpflaster derartig schmierig, daß fast der gesamte Automobilomnibus-Betrieb ins Stocken geriet.

Neues Fernsprechamt Ia in Berlin. Ein neues Fernsprechamt Ia ist in Angriff genommen und wird voraussichtlich Anfang Januar zur Eröffnung kommen. Die neue Vermittlungsanstalt ist durch die Einführung des neuen Berliner Systems ohne Kurbel und Batterie beim Teilnehmer bedingt.

Heber einen Eisenbahnunfall wird amtlich gemeldet: Berlin, 12. November. Dem heute morgen um 1 Uhr vom Bahnhof Bernau ausfahrenden Güterzuge 9482 ist der von Berlin kommende Güterzug 6085 in die Planie gefahren, weil der Lokomotivführer des Zuges 6085 nach seiner Angabe den Zug vor dem auf Halt stehenden Einfahrtssignale nicht hat zum Halten bringen können.

„Berliner Tageblatt“ erhält von einem Mitarbeiter folgende Darstellung des Unglücks: „Bereits in der Halle des Stettiner Bahnhofes machen rote Plakate darauf aufmerksam, daß bei Bernau zwei Güterzüge zusammengefahren seien, und daß der Verkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten werde.“

Der Gesangverein „Liedesfreiheit I“, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, veranstaltet am 16. d. M. zur Feier seines 46. Stiftungsfestes in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29, ein Herbstfest, bestehend aus Konzert, Gesangsaufführungen und Ball, unter Mitwirkung der Konzertsängerin Thyra Nordström, um das Fest würdig zu gestalten.

Wegen eines großen Brandes wurde Montag abend um 8 Uhr die Feuerwehr nach der Rüttschloßstraße 19 alarmiert. Dort war in der Kunstblumenfabrik von Kopp u. Coht Feuer ausgebrochen und hatte, genährt von dem leicht brennbaren Material, schnell eine große Ausdehnung erlangt.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr hat jetzt täglich zu tun gehabt. Gestern früh um 4 Uhr standen in der Köpenickerstraße 114 im linken Seitenflügel und 2. Obergeschoß in sämtlichen Räumen der sogenannte Gewichthaus des Aufzuges sowie Keller-räume in Flammen.

Wieder eines. Die Denkmäler gehen in Berlin nicht aus. Sie blühen und wachsen und erblühen. Auf dem Dönhofsplatz ist am Dienstag ein Hardenberg-Denkmal mit dem üblichen steinernen Zeremoniell eingeweiht worden.

Ein schwere Straßenbahnunfall hat sich Montag abend zugetragen. Am Wilhelmplatz wurde der 67 Jahre alte Arbeiter Fritz Lehmann, Engel-Nr. 7 wohnhaft, beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Straßenbahnwagen der Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft ungerissen und überfahren.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Ein vollständige Lahnlegung des Straßenbahnverkehrs im Westen Berlins ist gestern nachmittag durch einen ungewöhnlichen Automobilunfall herbeigeführt worden. Als gestern nachmittag das Geschäftsaufomobil Nr. 5633 des Kaufhauses des Westens, von der Augustenburgerstraße kommend, in die Ansbacherstraße einbog, verlor es plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen fuhr nach dem Bürgersteig hinaus und stieß gegen das davorstehende Speisehäuschen Nr. 51 der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

hakte in der Verlegerstraße 28 früh um 5 Uhr Wasser zu geben. Eine große Wellblechhülle stand dort in Flammen. Ferner wurde die Feuerwehre nach der Straalenstraße 48 und Ritterstraße 8, sowie einigen anderen Stellen gerufen, wo Hobbelpfähne, Möbel usw. in Brand geraten waren.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung ehrte in ihrer letzten Sitzung zunächst das Andenken des vor einigen Tagen verstorbenen Stadtrats **Leonhard**, der dem Magistrat bereits seit der Stadtwahl Schönbergs angehört hat.

Weiter wird mitgeteilt, daß der Stadtverordnete **Pullich** (1. Abteilung) sein Mandat niedergelegt hat.

Eine ausgedehnte Debatte brachte dann der Antrag des Magistrats, betr. Einstellung eines Assessors, eines Kontrollbeamten und zweier Expedienten für das Steuerbureau. Die Neueinstellung wird begründet durch die Arbeitsaufhäufung, die im Steuerbureau dadurch eingetreten ist, daß über das Einkommen der Steuerpflichtigen unter 3000 M. Erkundigungen bei den Arbeitgebern einzuziehen sind und ferner dadurch, daß die Erledigung der Einsprüche der Veranlagungskommission übertragen wurden. Stadtr. **Küter** (Soz.) wendet sich dagegen, daß die Stadt die Kosten für diese Neueinstellungen zu tragen hat. Wenn vom Staate die Erkundigungen bei den Arbeitgebern angeordnet sind, so hat derselbe auch die Pflicht, die Kosten für diese Mehrarbeit zu tragen. — Der Antrag des Magistrats wird schließlich angenommen.

Auf Antrag der Geschäftsordnungskommission wird beschlossen, mit dem Beginn des nächsten Jahres eine Neueinteilung der Plätze im Stadtverordnetenversammlungssaal vorzunehmen, so daß den einzelnen Fraktionen Rechnung getragen wird.

Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung richtet das Ersuchen an den Magistrat:

1. Vorkehrungen zu treffen, um für die im Winter voraussichtlich eintretende größere Arbeitslosigkeit Abhilfe schaffen zu können;

2. Räumlichkeiten zu schaffen, um den städtischen Arbeitern Gelegenheit zu geben, während der Frühstück- und Mittagspausen vor dem Anwerter geschützt zu sein;

3. eine Vorlage betr. Errichtung einer städtischen **Bürnehalle** zu machen.

Stadtr. **Obst** (Soz.) begründet den Antrag. Es sei vorauszusetzen, daß man im Winter mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen hat. Diese Arbeitslosigkeit wird sich nicht nur auf die Bauarbeiter erstrecken, sondern auch andere Berufe in Mitleidenschaft ziehen. Es sei Pflicht der Stadt, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen und nicht erst zu warten, bis die Arbeitslosigkeit größere Dimensionen angenommen hat. Auch der Armenetat kann durch ein rechtzeitiges Eingreifen entlastet werden. Die Frage, woraus diese Kostenaufwendungen bestehen sollen, würde nicht schwer zu beantworten sein. Er erinnert nur an die umfangreichen Erdbarbeiten für den anzulegenden Stadtpark. — Was den zweiten Teil des sozialdemokratischen Antrages betrifft, so wird sich die Forderung mit geringen Mitteln erfüllen lassen; es wäre nur zu prüfen, wie und wo die Unterkunftsräume anzulegen sind. Es muß etwas gesehen, denn bei dem jetzigen Zustand, bei welchem die städtischen Arbeiter angewiesen sind, auf der Straße oder in Gastwirtschaften ihre Mahlzeiten einzunehmen, kann es unmöglich bleiben. — Auch der dritte Teil des Antrages lasse sich ohne große Aufwendungen verwirklichen. Was in Berlin möglich ist, sollte sich auch hier einrichten lassen. Heute, wo man in den Tiergärten schon alle Maßnahmen zum Schutz der Tiere trifft, wäre es Pflicht, zunächst auch einmal für die Menschen etwas zu tun. Redner empfiehlt die Annahme der drei sozialdemokratischen Anträge.

Stadtr. **Dr. Bohberg** (Lib.) begrüßt den sozialdemokratischen Antrag mit Freuden, der heute eine einstimmige Annahme finden dürfte. Er gibt zu, daß wir in den kommenden Monaten mit einem außerordentlichen Notstand zu rechnen haben. Er hält es für ratsam, wenn die einzelnen städtischen Deputationen alljährlich im Sommer ein Programm für die im Winter auszuwählenden Notstandsarbeiten vorlegen. Nur werde es schwer sein, für die gewöhnlichen Arbeiter feinerer Berufe geeignete Arbeiten zu finden. Jedenfalls wäre es Pflicht der Stadt, einmal der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung näher zu treten.

Stadtr. **Lohausen** tritt ebenfalls für den Antrag ein, hält es aber für praktischer, denselben zunächst einem Ausschuss zu überweisen, denn der Magistrat wäre ratlos, wenn ihm heute schon der Antrag zugehen würde.

Stadtr. **Marre** kann die Ausführungen des Stadtr. **Obst** Wort für Wort unterschreiben. Schon oft habe er Beobachtungen gemacht, wie unwürdig der jetzige Zustand für die städtischen Arbeiter sei, auf der Straße ihre Mahlzeiten einzunehmen.

Stadtr. **Kuhnrich** fordert, daß der Magistrat und die einzelnen Kommissionen etwas schneller in der Ausarbeitung von Projekten für die städtischen Neubauten vorgehen.

Stadtr. **Gottschalk** (Lib.) wiederholt im wesentlichen die Ausführungen seines Fraktionskollegen **Dr. Bohberg**. Nur ist er der Meinung, daß in Schönberg die Schaffung von Arbeitsgelegenheit Schwierigkeiten bereiten würde. Wir können doch unmöglich eine Unterkunftsstelle für die Arbeitslosen Groß-Berlins schaffen. Im Reichstag würde sich die Frage entschieden besser regeln lassen.

Stadtr. **Frißsch** (Soz.) erklärt sich mit der Ausschussberatung einverstanden, wenn schon heute der Ausschuss gewählt wird. Weiter muß auch von den Privatunternehmern gefordert werden, daß sie Unterkunftsräume für die auf den Straßen beschäftigten Arbeiter schaffen. Bei Begebung der städtischen Arbeiten lasse sich leicht eine derartige Bedingung in den Verträgen aufnehmen.

Der Antrag wird darauf einstimmig einem Ausschuss von 13 Mitgliedern überwiesen, dem von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtverordneten **Däumig** und **Frißsch** angehören.

Ein Antrag des Magistrats, worin die Versammlung ersucht wird, die Erfassung für zwei ausgeschiedene Magistratsmitglieder vorzunehmen, wird nach längerer Debatte bis nach Neujahr vertagt, da die Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung nach Neujahr eine wesentlich andere sein wird.

Die übrigen Punkte mußten wegen der eingetretenen Beschlußunfähigkeit abgelehnt werden.

Rigdorf.

Töblicher Abstieg von der Treppe. Von einem herunterstürzten Gefährt ist die 90 Jahre alte Witwe **Charlotte Guppe**, **Richardplatz 14**, betroffen worden. Die Greisin hatte beim Passieren der Treppe das Unglück, schlüpfen und sie stürzte rücklings die Treppe hinunter. In bestunmöglichem Zustande wurde sie in das städtische Krankenhaus eingeliefert, wo sie aber bald starb.

In seinem Restaurant Selbstmord verübt hat der 36 Jahre alte Gastwirt **Anton J.** aus der **Hermannstr. 232**. In der letzten Zeit war **J.** von schweren Schicksalsschlägen heimgeheftet worden. Er wurde infolge dessen schwermütig. Als gestern ein Gast das Lokal betrat, machte er die traurige Entdeckung, daß sich **J.** am Fensterkreuz erhängt hatte.

Charlottenburg.

Zu dem Revolvententat in der **Rasenerstraße 72** wird berichtet, daß die Charlottenburger Kriminalpolizei die Persönlichkeit des Täters noch nicht feststellen konnte. Der Kaufmann **Waldo** liegt noch schwer krank im West-Sanatorium in der **Joachimsthalsstraße** und ist vorläufig nicht bernehmungsfähig. Obwohl die Verlegungen sehr schwerer Natur sind, hoffen die Ärzte doch, den Patienten am Leben zu erhalten.

Zehlendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zur Frage der Erbauung eines Feuerwehr-Dienstgebäudes wurden die Pläne von dem Gemeinde-

baurat vorgelegt und erläutert. Geplant ist ein Gebäude, welches neben den Räumen für die Feuerlöschgeräte noch sieben Wohnungen für die Feuerwehrleute enthalten soll. Da aber voraussichtlich vorläufig nicht alle sieben Wohnungen von Feuerwehrleuten bezogen werden können, so will man, da für Gemeindegewerke bringend Bureauräume notwendig sind, nur zwei Wohnungen für den Hauswart und einen Feuerwehrmann; die übrigen Räume dagegen für Bureaus einrichten. Die Kosten betragen bei Einrichtung von sieben Wohnungen 140 800 M., bei Einrichtung von nur zwei Wohnungen 140 000 M. Nach unentschiedener Debatte wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen. Die wichtigste Vorlage des Abends betraf die zweite Lesung über den ersten Ansbau der Kanalisation. Nach den Plänen des Gemeindegewerkes soll derselbe bis zum 1. Oktober 1909 mit einem Kostenaufwande von 2 137 494 M. bewirkt werden. Der Gemeindegewerke teilte mit, daß die Vorlage in unveränderter Gestalt wie sie in der ersten Lesung beschloffen war wieder vorliege und daß auch bereits die landespolizeiliche Genehmigung vorliege. Als Gründe für die Beibehaltung des Projekts führte er unter anderem an, daß der Bau im nächsten Frühjahr begonnen werden müsse und wenn überhaupt, so nicht in der Zeit bis dahin, ein neues Projekt die landespolizeiliche Genehmigung erhalten würde. Ferner würde der Kanalisationsverband zu einer Dezentralisation, wie sie die Minderheit wünsche, nicht seine Genehmigung erteilen. Als Hauptredner in der Diskussion trat wie gewöhnlich Herr **Hammer** auf, welcher wieder darauf hinwies, daß das Grundstück in der **Rönigstraße**, auf welchem die Hauptpumpstation errichtet werden soll, durch die Wahl von Dampf als Betriebskraft entwertet werde, und nahm einen von ihm schon vor zwei Jahren gestellten Antrag wieder auf, die Ausarbeitung eines Projekts einer leistungsfähigen Firma zu übertragen. (Was wir bei den vielen Arbeitskräften im Gemeindegewerke für eine Verschiebung von Gemeindegewerke ansehen würde. D. V.) Außerdem machte er dem Gemeindegewerke den Vorwurf, daß er nicht in der Versammlung der fünf sogenannten kommunalen Vereine erschienen sei, worüber wir kürzlich berichteten. Treffend parierte der Gemeindegewerke mit der Bemerkung, daß er nach seiner Ansicht als Gemeindegewerke an solcher Versammlung nicht teilnehmen dürfte. Nach längerer Debatte, in der auch die Sorge einzelner Herren um ihre Gewerkschaften bedröhten Ausdruck fand, wurde zunächst der Antrag **Hammer** abgelehnt. Sodann wurde die Vorlage des Gemeindegewerkes in zweiter Lesung mit allen gegen die beiden Stimmen **Hammer** und **Voigt** angenommen.

Eine endlose Debatte entspann sich hierauf bei dem Punkt Wahl der Betriebskraft für die nördliche Hauptpumpstation. Alle Gegner des Dampfes als Betriebskraft taten ihr Äußerstes, um die Mehrheit unzugunsten und für elektrischen Betrieb zu begeistern. Es kam dabei so recht das Sonderinteresse dieser Herren zur Geltung. Als Hauptargument führten sie den großen Schornstein an, welcher alle Gumbhüde in der Nähe der Station durch seinen Rauch entwertet. Erste Hausgärtnerinteressen, welche von diesen Herren den Allgemeininteressen vorangesetzt werden. Der Gemeindegewerke hatte Gutachten von hervorragenden Elektrizitätsfirmen eingeholt und diese waren gerade dazu angetan, nicht Elektrizität als Betriebskraft zu wählen. Bei der Abstimmung wurde die Vorlage des Gemeindegewerkes mit zwölf gegen sieben Stimmen angenommen. Damit wird nun endlich Zehlendorf die so sehr notwendige Kanalisation bis zum 1. Oktober 1909 erhalten und zwar mit Dampftrieb. Nach Erledigung einiger weiterer kleinerer Vorlagen fand die Sitzung nach fünf-stündiger Dauer um 10 Uhr abends ihr Ende.

Mariendorf-Südende.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst den Bericht von der Revision entgegen. Danach steht einer Einnahme von 420 774,16 M. eine Ausgabe von 11 723,98 M. gegenüber. Eine sehr lebhaft debattierte die 3. Punkt der Tagesordnung hervor. Es wurde angeregt, einen Teil der Beamten, wie **Polizeubureau**, **Gemeindegewerke** und **Nachtwächter**, gegen Unfall zu versichern. Genosse **Reichardt** beantragte, nicht nur einen Teil der Beamten heranzugreifen, sondern alle Beamten mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 M. zu versichern. Auch müsse die Versicherungssumme nicht auf den Platz, sondern auf die Person geschrieben werden, da sonst der Verletzte der Gnade oder Ungnade der Gemeindevertretung ausgeliefert sei. Die Vorlage wurde einer Kommission, der auch Genosse **Reichardt** angehört, zur engeren Beratung überwiesen. Unter verschiedenen Anträgen wurde wieder empfohlen, wie alljährlich, so aus diesmal 60 **Keltower** **Kreis** Kalender anzuschaffen und dieselben an die Schullinder zu verteilen. Demgegenüber betonte Genosse **Reichardt**, daß, wenn der Verleger dieses Kalenders sich Abhängigkeit schaffen will, er sich Personen hierzu halten möge, die Gemeinde damit aber verschonen solle. Im übrigen glaube er, würde den Kindern in der Schule schon genügend Unterricht über die Geschichte der Hohenzollern erteilt, als daß man sie noch mit dieser Lektüre belaste. Die Versammlung beschloß die Anschaffung von 60 **Kalendern**. Zum Schluß wurde noch von einigen Schreibern Mitteilung gemacht.

Strausberg.

Bei den am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen erhielten unsere Genossen **Vernhardt** **Nähring** 175 und **Barowski** 171 Stimmen; auf die konservativen Kandidaten entfielen 180 bzw. 199 Stimmen. Außerdem hatte der Liberale **Wahlverein** den **Schulhausbesitzer** **Tad** als Kandidat aufgestellt, auf den 75 Stimmen, die er ausschließlich von seinen Arbeitern erhalten haben dürfte, entfielen. Auch der konservative Kandidat **Dilcher** hat von seinen circa 30 Arbeitern die Stimme erhalten. Es ist dies umso bemerkenswerter, als genannter Herr in diesem Sommer seine Arbeiter aufs Pfaster setzte und dafür Inassen des freiwilligen Arbeiterzuzugs einstellte. An den Parteigenossen ist es nun, die Zeit bis zum Tage der Stichwahl zur Agitation auszunutzen. Die Möglichkeit, unsere Genossen zum Siege zu verhelfen, ist vorhanden, da nur 33 Prog. der eingeschriebenen Wähler ihrer Wahlpflicht genügt haben. Also rüttelt die Lässigen auf!

Zenthen.

Als neuer Streiter gegen die aufstrebende Parteibewegung unseres Ortes scheint sich Herr **Amisborscher** **Weschner** in **Eichwalde** betätigen zu wollen. Bekanntlich gelang es vor einiger Zeit den Parteigenossen unseres Ortes, trotz mehrfacher Strafmandate und Erschwerung des Lokallampes, das Lokal „**Albrechtshof**“ frei zu bekommen. Nach der ersten in diesem Lokal stattgefundenen, im übrigen erfolgreichen Versammlung, erhielt der **Wescher** dieses Lokals eine Hebertragung in Gestalt der Herabsetzung der Polizeistunde auf 10 Uhr. Die Maßregel löste nicht nur bei unseren Genossen, sondern auch bei den bürgerlichen Besuchern des Lokals berechtigter Verdrossenheit aus, da nicht das geringste vorgefallen war, was sie rechtfertigte. — Das neueste Stück des Herrn **Weschner** aber ist durchaus wert, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Für Sonntag, den 10. November, war wieder nach dem genannten Lokal eine öffentliche Versammlung einberufen, deren Thema besonders für Frauen zugeschnitten war. Statt der Anmeldebefehrigung aber erhielt etwa 5 Stunden vorher der Einberufer die Mitteilung, daß eine Bescheinigung nicht erteilt werde, da die Tagesordnung nicht angegeben sei. Selbst auf nochmaliges Vorstelligwerden des Einberufers verließ der geschändete Amtsvorsteher seinen offenbar ungeseligen Standpunkt nicht, sondern beorderte nach dem betreffenden Lokal einen Gendarmen mit dem Ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Versammlung unter keinen Umständen stattfinden könne. Da die Parteigenossen der offenbar ungeseligen Handlung des Amtsvorstehers kein Verständnis entgegen bringen, im übrigen sich auch das Versammlungsrecht nicht wegdefektieren lassen wollten, so allem Heberfluß aber aus dem dem Einberufer angestellten Schriftstuf hervor, daß den Bestimmungen des § 1 des Vereinsgesetzes vollauf Rechnung getragen war, so wurde die Versammlung eröffnet. Nachdem der als Referent erscheinende **Genosse Hans Weber** **Berlin** etwa 2 Minuten über das Thema „**Der Kampf der Arbeiterschaft und die Frauen**“ gesprochen, erfolgte

an den Vorstehenden die Aufforderung, dem Redner das Wort zu entziehen, und als dies abgelehnt wurde, die Auflösung der Versammlung. — Der „Erfolg“ der amtsvorsteherlichen Geschwätzigkeit besteht in einer Anzahl Reueaufnahmen für den Wahlverein. Selbstverständlich wird auch Beschwerde geführt werden und wir werden hoffentlich endlich Antwort erhalten auf unsere frühere Frage: Gibt es im Amisbezirk Zeuthen keine Beamten, die wirklich geschäftlich sind? Vielleicht wird bei dieser Gelegenheit auch dem Herrn Amisborscher **Weschner** ein Privatissimum gelesen darüber, daß **Eichwalde-Zeuthen** nicht in **Sachse**, sondern in **Preußen** liegt und demnach auch nicht § 2 des sächsischen, sondern § 1 des preussischen Vereinsgesetzes Geltung hat, und außerdem eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts existiert, wonach bei der Anzeige Angabe des Zweckes der Versammlung nicht erfordert werden darf.

Petershagen b. Fredersdorf.

Zu der Notiz am Sonntag: „Ein unglaubliches Schreckentempo“ wird uns noch mitgeteilt, daß der am Mittwoch, den 8. dieses Monats, nicht wie angegeben am Dienstag, im **Eggersdorfer** **Forst** tot aufgefundenen Einwohner noch am Montag an Ort und Stelle lag, ohne daß in der ganzen Zeit eine Wache dabei gewesen wäre, die zu stellen der **Eggersdorfer** **Hegemeister** verpflichtet war. Eine gerichtliche Kommission hat sich bis gestern nicht sehen lassen, jedoch ist der Frau des Verstorbenen am Montag die Nachricht zugegangen, daß die Leiche freigegeben sei, dieselbe müsse innerhalb vierundzwanzig Stunden abgeholt werden, andernfalls dies durch dritte Personen geschehen müsse, und die entstehenden Kosten vorläufig auf 100 M. festgesetzt würden. Ferner soll sich die Frau einen Arzt besorgen, der die Todesursache feststellen soll. Nachdem in begreiflicher Erregung von Verwandten auf dem Amt in **Fredersdorf** gerügt wurde, daß die Socke sich so lange hinziele, soll einer der Herren erklärt haben: „Ja, glauben Sie denn, wenn ein Arbeiter am Wege liegt, daß dann der Arzt gleich kommt, der muß erst seine Kundschaft besorgen!“ Das geht dann doch über den Topf! Die Angehörigen können jetzt die Leiche holen, aber die Sache kann unter Umständen gefährlich werden, durch eine eventuelle Infizierung, auch erwachsen der Frau nunmehr unnötige Ausgaben, da sie jetzt genötigt ist, einen Zinleinsatz zu beschaffen usw. Es wäre hier angebracht, wenn die maßgebende Stelle mal gehörig eingriffe und diejenigen, welche die Summe verfauldet haben, zur Rechenschaft ziehen würde.

Weißensee.

Die Übernahme des Elektrizitätswerkes erfolgt am 1. Dezember 1907. Herr **Ruthenberg** ist bei Vermeidung einer Konditionalstrafe von 20 000 M. verpflichtet, das gesamte ihm gehörige Terrain bis spätestens 1. Juli 1908 mit Fabrikanlagen zu bebauen und die Mieter zu verpflichten, elektrische Kraft und Licht von der Gemeinde zu entnehmen. Alle anhängig gemachten Streitigkeiten zwischen Werk und Stromabnehmern werden von dem Vorbestiger zurückgenommen. Mit der Übernahme des Werkes durch die Gemeinde erlischt auch nicht die Verpflichtung des Herrn **Ruthenberg** zur kostenlosen Beleuchtung der **Langhansstraße**; der Verläufer hat vielmehr nach Verkauf des Werkes die Kosten der Beleuchtung auf die Dauer des 30jährigen Vertrages zu übernehmen. Auch zur Erbauung eines **Wasserkwerkes** und Uebergabe zum Selbstkostenpreise nach einem ihm patentierten System ist Herr **Ruthenberg** verpflichtet, wenn die Gemeinde innerhalb 5 Jahren ein diesbezügliches Verlangen stellt.

Vernau.

In einständiger Sitzung erledigte die letzte Stadtverordnetenversammlung ihre Tagesordnung, weil die Herren der ersten und zweiten Abteilung zu derselben Zeit eine Kommunalwählererversammlung anderaumt hatten, zu der sie alle erscheinen wollten. Es wurde der an der Stadtmauer und **Alemensstraße** belegene Garten, welcher zur Verpachtung ausgeschrieben war, dem **Reisbieten**, **Jardow**, zugespochen. Desgleichen die Einübung an die **Schulstiftungs-Brauerei**.

Die Versammlung genehmigte die Abschließung des Vertrages der Stadt **Vernau** mit dem **Niederbarnimer** **Kreis**, behufs Erbauung eines der **Neuzelt** entsprechenden **Krankenhaus** auf vierzig Betten mit **Insektionsbarade** usw., wofür der **Kreis** die Hälfte der Kosten bis zum Betrage von 115 000 M. zu tragen sich verpflichtet. Die Summe wird zinsfrei übergeben und jährlich ein **Zinzuzahlung** von 200 M. pro Bett geleistet.

Die **Reuwahl** der **Etat-** und **Rechnungskommission** wurde bis zur nächsten Tagung zurückgesetzt, da erst das Ergebnis der Wahlen abgewartet werden soll.

Der **Erhöhung** des **Zogelohnes** von 1,70 M. auf 3 M. für Anfertigung von **Pflanzlöchern** in der **Hinterheide** wurde von der Versammlung zugestimmt.

Unter **Berschiedenem** wurde vom **Vorsitzer** bekanntgegeben, daß sich auch der **Niederbarnimer** **Kreis** zur **Uebernahme** des **Chausseegeldes** für die dem **Kreise** gehörigen **Chaussees** erklärt hat.

Notawald.

Feuerlärm erschreckte in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Einwohner unseres Ortes. Es brannte das hinter dem **Laden** gelegene **Barenlager** des **Drogeriegeschäftes** von **Diepam**, **Rehmsstraße 3**. Der herbeigeeilten **Feuerwehre** gelang es, das **Element** auf seinen **Herz** zu beschränken, doch ist der angerichtete Schaden ziemlich beträchtlich. Die **Entstehungsursache** des **Feuers** konnte noch nicht ermittelt werden, und ist das um so rätselhafter, als der **Geschäftsinhaber**, welcher in der **Rathstraße** wohnt, nachmittags gegen 2 Uhr das **Geschäft** geschlossen und seit dieser Zeit nicht wieder betreten haben soll, bis er von dem **Brande**, der nachts 1/2 Uhr entdeckt wurde, Kenntnis erhielt. Wäre der **Brand** später entdeckt worden, hätte er durch die leicht brennbaren **Waren** des **Geschäfts** die **Haushälter** in große **Gefahr** bringen können.

Potsdam.

Ein eigenartliches Bestreben scheint jetzt in die hiesige Stadtverordnetenversammlung seinen Einzug zu halten: nämlich die Befordrungen der städtischen Beamten und Arbeiter in die nichtöffentliche Sitzung zu legen. Die Befordrungsfrage der Beamten wurde abgelehnt, weil sie im **Almanachausdruck** noch nicht genügend beraten war; sie wird wohl später unter **Ausschluss** der **Öffentlichkeit** erledigt werden. — Eine anderweitige **Lohnfestsetzung** der städtischen **Feuerwehre** wurde auf Wunsch des **Dezernenten** **Stadtrat** und **Brauerbesitzer** **Lamm** und des **Referenten**, des **liberalen** **Stadtverordneten** und **Fabrikbesizers** **Friedrichs**, in die nichtöffentliche Sitzung verlegt. Hier zeigte es sich so recht, wie man Arbeiterfragen im **Potsdamer** **Stadtverordnetenparlament** behandelt! Vorher war öffentlich bekannt gegeben, daß die **Feuerwehre** vom 1. April 1908 einen monatlichen Lohn (jetzt erhalten sie **Wochenlohn**), und zwar als **Anfangslohn** 110 M., nach drei Jahren 115 M. und nach weiteren drei Jahren 123 M. und als **Schlußlohn** 125 M. erhalten sollten. Dazu kommen noch monatlich 6 M. für diejenigen, die ein **Handwerk** erlernen haben und die während der **Tag**, an welchen sie die **Feuerwehre** nicht haben, darin **beschäftigt** werden. Dafür fallen die **Entschädigungen** für die **Nachtwachen** sowie für die **Wachen** des **Sonntags** fort. (Bei 36 Mann hat jeder Mann das Jahr über eine ganze Reihe solcher **Wachen** zu leisten, für die es bis jetzt 1,00—1,50 M. gab.) Und warum will man die Sache geheim verhandeln? Die **Stadtverordneten** können sich auch als solche nicht einmal vom dem **ausgesprochenen** **Privatunternehmerstandpunkt** frei machen. Man will jetzt nämlich für die **Feuerwehre** hauptsächlich **tüchtige**, **junge** **Handwerker**, insbesondere der **Baubranche**, gewinnen. Man nun nicht aber die **Einzelheiten** der **Gründe** und die **dazu** **getroffenen** **Maßnahmen** öffentlich bekannt zu geben, flüchtet man sich in die **geheim** **Sitzung**. Es zeigt sich hier so recht, wie **unbedingt** **notwendig** es ist, daß die **Arbeiterschaft** auf dem **Rathause** **vertreten** sein muß. Sorgen wir bei der bevorstehenden **Stadtverordnetenwahl** dafür.

Vermischtes.

Zwei Raubmordversuche haben in den beiden letzten Nächten die Einwohner des Vorwerks Kupferhammer bei Eberswalde in große Aufregung versetzt. In der gestrigen Nacht wurde an dem Fabrikarbeiter Hermann Ahrends aus Kupferhammer ein schweres Verbrechen verübt. A. ist in der Märkischen Eisengießerei beschäftigt und in der gestrigen Nacht verließ er gegen 1 Uhr seine Arbeitsstätte, wo er Nachtschicht gemacht hatte. Als er ahnungslos dahinschritt, stürzten in der Nähe der Schmelze plötzlich fünf Individuen über ihn her und schlugen ihn mit stumpfen Instrumenten nieder. Trotz der großen Uebermacht gelang es dem Ueberfallenen, sich unter Aufbietung seiner ganzen Kräfte loszureißen und zu entziehen. Die Begehrer eilten hinter ihm her und kurz vor seiner Wohnung erreichten sie A. Sie fielen nochmals über ihn her und richteten ihr Opfer in schrecklicher Weise zu. Als auf die Hilferufe des Ueberfallenen Anwohner hinzueilten, entflohen die Burken und entkamen auch leider. A. liegt jetzt in recht bedenklichem Zustand darnieder.

Ein ähnliches Verbrechen wurde gestern Abend an dem Kaufmann Scholz begangen. Sch. war in Eberswalde gewesen und gegen 8 Uhr abends langte er wieder in Kupferhammer an. Zwei fremde Männer, die eine Strecke vor ihm hergegangen waren, hielten ihn am Ausgange über die Zeit, und als Sch. ahnungslos die Taschenuhr zog, ertönte ein schriller Pfiff und im Dunkel tauchten noch vier weitere verdächtige Gestalten auf. Die sechs Männer fielen nun über Sch. her und stachen mit Messern auf ihn los. Nachdem die Uebelthäter ihr Opfer zu Boden geschlagen hatten, entrißten sie ihm die Uhr und das Portemonnaie. Sch. zog jetzt einen Revolver und gab auf die Angreifer einige Schüsse ab. Zwei der Räuber wurden auch getroffen und schwer verletzt. Die unverletzt gebliebenen Uebelthäter ergriffen infolge des Herankommens mehrerer Bewohner die Flucht. Der Ueberfallene wurde in bedenklichem Zustande nach seiner Wohnung getragen. Zur Erpressung der gemeingefährlichen Gesellen sind die weitgehendsten Maßnahmen getroffen worden.

Eine Blüte bayerischer Plakatschur. Ein Lokalblatt in Begscheid unrichtete seine Leser über das Urteil im Berliner Kammerprozess durch ein Extrablatt, das auch öffentlich angeschlagen wurde. Das Bezirksamt verfügte jedoch die Entfernung des Anschlags, da durch das im Urteil vorkommende Wort „Domosexualität“ die Sittlichkeit der Schuljugend gefährdet werde. Wegen dieses Jenfurübergreif legte die Redaktion des Blattes nicht etwa Beschwerde ein, sondern sie stellte sich auf dem Bezirksamt vor, um unterrichtet anzufordern, ob es nicht wenigstens gestattet sei, das Urteil im Blatte selbst bekannt zu geben. Der Bezirksamtsmann gestattete dies gütigst mit der Bedingung, daß das Urteil nicht totdrücklich, sondern mit Abklärung der geschäftlichen Worte veröffentlicht werde. Damit war die Sittlichkeit der Schuljugend und der erwachsenen Leser des Blattes vor der drohenden Gefahr behütet. Die Redaktion, die das Urteil erst der Polizeibehörde zur Korrektur vorlegte, muß einen seltsamen Begriff von ihren Rechten haben.

Im Walde ermordet. Geheimnisvolles Dunkel umschwebt eine Tat, die im Forst bei Genthin begangen wurde. Dieser Tage wurde zwischen Gaber-Schleuse und Gut Herrenholz die Leiche eines jungen Mannes gefunden, die furchtbar zugerichtet war. Mit einem Hammer, der im Walde lag, war dem Toten der Schädel zertrümmert worden. Die Ringe einer spitzen Schere war ihm in den Hals gestochen worden und sah noch in der Wunde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Tote aus Berlin stammt. Der Unbekannte mag etwa 20-30 Jahre alt gewesen sein. Er trug einen langen Schopftopf und eine Hose aus blauem Cheviot, dazu eine Sommerweste mit weißen Porgellanknöpfen, Hemd und Unterhose aus Tricot, ein kleines Vorhemd mit Kragen und Kravatte und Handschuhe von matter Farbe. Die Kopfbedeckung, die Stiefel

und die Strümpfe fehlten, ebenso alle Anhaltspunkte zur Feststellung der Persönlichkeit. Eines der Nordwerkzeuge, der Hammer, wurde in der Mitte des August dieses Jahres aus einer Bude gestohlen, die bei Gaber-Schleuse in einem Niederschacht steht.

Auf dem Wege zur Arbeit. Bei Perle wollten, wie aus Trier berichtet wird, zwei Schieferdecker auf dem Wege zur Arbeit über die Mosel setzen. Der Nachen schlug um und beide ertranken.

Ein Vatermörder. In Nürnberg wurde der verheiratete Schneidermeister Sopora im Streit von seinem eigenen bei ihm beschäftigten 23jährigen Sohne erstochen.

Gerädert! Zwischen den Stationen Peterzell und Unterfirnach der Schwarzwaldbahn sind, einer Meldung aus Karlsruhe zufolge, am Sonnabend Abend der 50jährige Fehrenbacher und der 23jährige Purlwängler aus Unterkirnach auf freier Strecke vom Zuge überfahren und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden. Beide Leichen wurden gestern früh aufgefunden.

Der Analfekt. In Budapest hat sich gestern, wie von dort gemeldet wird, der Getreidekommissionar und Börsenspekulant Julius Messer im Vörsengebäude erschossen.

Ein Bergsturz - 40 Häuser zerstört! Wie aus Valence-sur-Arhone gemeldet wird, zerstörte ein Bergsturz 40 Häuser des Dorfes Felniez, unter ihnen das Pfarrhaus und die Schule. Die Einwohner konnten rechtzeitig flüchten.

Theaterbrand in Moskau. In dem Moskauer Solodownikow-Operntheater brach gestern früh Feuer aus, das bis mittag noch nicht gelöscht werden konnte. Der Bühnenraum ist ausgebrannt und die Dekorationen sind vernichtet. Unter den Trümmern des zum Teil eingestürzten Daches ist die Leiche eines Angestellten gefunden worden.

Das Feuer wurde gegen Abend gelöscht. Gerettet sind bloß das Foyer und die Vorkürräume, alles übrige ist niedergebrannt. Der Dekorationsmeister ist bei dem Brande umgekommen. Die Entstehung des Brandes wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Die Automobillisten eingeschätzt werden. Hierüber lesen wir im „Courier“: Auf der Kölner festsitzenden Rheinbrücke erhält ein mit vier Personen besetztes Automobil die folgenden Postjäger: Scheine für das Automobil einen Schein für einen Zweifspanner (Leer) 21 Pf., für die vier Insassen die Scheine für ein Hindvieh oder einen Esel und für zehn Stück Kleinvieh. Es ist dies nicht etwa eine einmalig vorgenommene Ausnahme, sondern die Scheine werden regulär an Automobilisten verausgabt! Der Gewährung hat die Scheine beim Passieren der Brücke des eigentlichen Inhalts wegen behalten und auf der anderen Seite erklärt, daß er sie verloren hätte, um sie behalten zu können, selbstverständlich dann neue Scheine lösen müssen und sich dabei überzeugt, daß diese Scheine ebenfalls ein Billet für einen Zweifspanner (Leer) für den Motorwagen und zwei Billets für ein Hindvieh oder einen Esel oder für zehn Stück Kleinvieh für die Wageninsassen darstellten.

Witterungsübersicht vom 12. November 1907.

Stationen	Barometerr. (mm am 11.11. 10.11. 10.11.)	Windrichtung	Wolken	Temperatur (Grad C. am 11.11. 10.11. 10.11.)	Stationen	Barometerr. (mm am 11.11. 10.11. 10.11.)	Windrichtung	Wolken	Temperatur (Grad C. am 11.11. 10.11. 10.11.)
Schwetzingen	760 S	2 Nebel	5	4	Hannover	751 SW	2 bedeckt	2	4
Darmstadt	759 SO	3 Nebel	1	1	Wiesbaden	758 SW	2 Nebel	1	1
Berlin	760 SW	3 Nebel	1	1	Stettin	761 NW	4 wolfig	9	9
Königsberg	756 NW	3 bedeckt	6	6	Breslau	753 SW	1 wolfig	4	4
München	755 SO	2 bedeckt	3	3	Warschau	756 NW	3 Regen	7	7
Wien	760 SO	2 Nebel	5	5					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. November 1907.

Himmlich trübe und regnerisch, bei schwachen südlichen Winden, etwas kühler Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Eingegangene Druckchriften.

Romeo und Julia. In Nr. 46 der illustrierten Zeitschrift „In freien Stunden“ beginnt eine hochinteressante Berichterstattung, nämlich der Abdruck jener altitalienischen Novelle, die dem großen Dramatiker Shakespeare den Stoff zu seiner berühmten Liebestragödie „Romeo und Julia“ lieferte. Die Uebersetzung ins Deutsche stammt von Eduard v. Böhm. Wer das „Doktrin der Liebe“ in der erzählenden Form kennen lernen will, der abonnieren auf die Zeitschrift „In freien Stunden“, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, gute und interessante Unterhaltungslektüre unter Volk zu bringen.

Zu beziehen ist die Zeitschrift in wöchentlich erscheinenden Heften à 10 Pf. = 12 Heft = 15 Mk. durch jede Buchhandlung und jeden Postporteur.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11.11. 10.11. 10.11.	am 11.11. 10.11. 10.11.
Memel, Mitt	106 - 1	106 - 1
Bregel, Insterburg	6 - 7	6 - 7
Reichel, Thorn	22 + 2	22 + 2
Ober, Raibor	78 + 4	78 + 4
Krausen	69 - 1	69 - 1
Kronfurt	75 0	75 0
Wartze, Schrimm	17 + 5	17 + 5
Landberg	14 - 1	14 - 1
Rege, Borsdamm	14 + 1	14 + 1
Elbe, Leitzmeritz	-22 + 40	-22 + 40
Dresden	-185 0	-185 0
Berlin	45 - 5	45 - 5
Magdeburg	64 - 8	64 - 8

+) + bedeutet Zufluß, - Fall, - ? Unterpegel.

Inserate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 13. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Kgl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Frühling's Geheimnis. (Anfang 8 Uhr.)
Leffing. Admersholm.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Die große Gemeinde.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Kellerstraße.
Schiller Charlottenburg.
Hermannschlacht.
Friedrich-Wilhelmstäd. Schauspielhaus. Brüderchen.
Berliner. Die Dörle.
Neues. Das Ungeheuer.
Kleines. Ein Puppenheim.
General. Die Puppe.
Vorhng. Die Einführung aus dem Gera.
Neubenz. Ganz der Papa.
Königliche Oper. Die verkaufte Braut.
Westen. Die lustige Witwe.
Volkstheater. Gularenfieber.
Telamon. Fräulein Josefine - meine Frau.
Thalia. Die gelbe Gefahr.
Theater an der Spree. Am grünen Weg.
Julien. Muttersegen.
Vierhard Kote. Der Wasserschmel.
Wieroyol. Das muß man schön.
Ipsella. Schloßer Schäfer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Casino. Biederleute.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben.
Passage. Paula Wirtz. Spezialitäten.
Vater. Die Räuber.
Variete. Kapfenreich. Monna Vanna. Der Troubadour.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vollst. Unsere Liebe. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stellner Sängler.
Urania. Taubentrage 1849.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidenstr. 67/62.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelstede.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Börse.

Donnerstag: Der Varsart. Der Präsident. Abschied vom Regiment.

Freitag: Die langenden Ränchen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 67-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelstede.

Neues Theater.

Zum 1. Male:
Das Ungeheuer.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Das Ungeheuer.
Freitag und folgende Tage: Das Ungeheuer.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Ein Puppenheim.
Rosa: Agnes Sorma.
Donnerstag zum 225. Male: Ein idealer Gatte.
Freitag zum erstenmal: Die Getreuen.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3/4 Uhr halbe Preise: Frühlingluft.

Friedrich-Wilhelmstädtesches Schauspielhaus.

Brüderchen.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Brüderchen.
Freitag zum erstenmal: Artemisbild Nacht.
Sonabend: Artemisbild Nacht.

Luisen-Theater

Reichendergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Muttersegen.
Donnerstag: Berlin wie es weint und lacht.
Freitag: Bartel Turaser.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Ene-mitteln. Abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hofmanns Erzählungen. Abends zum erstenmal: Der Leiermann und sein Pfegelind.
Montag: Berlin wie es weint und lacht.

Theater an der Spree

Röpenickerstraße 68.
Täglich 8 Uhr:
Am grünen Weg.
Ein Bild heiteres Berlin in 4 Akten von Heinrich Les.

Am grünen Weg.

Ein Bild heiteres Berlin in 4 Akten von Heinrich Les.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Kellerattache.
Schwan in 3 Akte, von Stodtger und Fritz Friedmann-Friedrich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Romerholm.
Schiller-Saal (Schiller-Theater) (Charlottenburg)
Mittwoch abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. War Coborn: Wilhelm Selbst. Mit Lichtbildern. 7. Vortrag des Jollus: Walter der Neuzelt.
Donnerstag abends 8 1/2 Uhr: Eichendorff-Abend.

Zirkus Schumann

Heute Mittwoch, 13. November, abends prägnante 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée Equestre.
Elite-Programm und zum ersten Male in Europa.
6 liegende 2 Damen
Banvards 4 Herren
Gr. und bester Luftakt der Welt.
Alles Original-Tricks, welche noch von keiner Truppe gezeigt wurden.
Chester H. Dieck.
U. a.: Der phänomenale Saltomortale mit Rad über einen mit zwei Pferden bespannten besetzten Wagen.
Um 9 1/2 Uhr:
Die diesj. große Wasserpantomime. Eine Fortf. d. „Lustig Heideberger“.
Ein Fest!

Auf dem Neckar

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Raab und Deobald. Deutsch v. W. Schönan. Baron des Wudrais: R. Mezander.
Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Residenz-Theater. 8 Uhr

Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Raab und Deobald. Deutsch v. W. Schönan. Baron des Wudrais: R. Mezander.
Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Ganz der Papa.

Schwan in 3 Akten von Raab und Deobald. Deutsch v. W. Schönan. Baron des Wudrais: R. Mezander.
Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Haben Sie schon

die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Freie Volksbühne

15. November, 8 1/2 Uhr:
Lortzing-Theater
22. (II.) Abend-Abteilung.
Undine.
Luisen-Theater
23. (III.) Abend-Abteilung.
Bartel Turaser.

Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.

Werbet Mitglieder für die Abend-Abteilungen

Freitag: Gastkarten

Werbet Mitglieder für die Abend-Abteilungen
a 1 Mark
auch an der Theaterkasse
abends 7-8 Uhr.

Winterfest

Sonabend, 23. November, Brauerel Friedrichshahn.
Der Humor in der Musik.
Festmarken à 60 Pf. inkl. Programm in allen Zahlstellen.
Sonntag, den 17. November, nachm. 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus
1. Abteilung
Judith.
Berliner Theater
9./10. Abteilung
Das Tal des Lebens.

Montag, 25. November, abds. 8 1/2 Uhr, im Rathaus:
25. Kunst-Abend.
Dr. Leopold Hirschberg über:
Richard Wagner.
Der Vorstand. In Vertz.: G. Winkler.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Hufarenfieber.
Volkstümliche Preise.
Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 13. November:
Die Kinder der Exzellenz.
Aufspiel in 4 Akten v. E. v. Holzogen und W. Schumann.
Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose Theater

Dr. Anstatterstr. 182.
Waldspiel Below - Oper:
Der Wasserschmel.
Anfang 8 Uhr.
Wochentagspreise.
Donnerstag: Spree-Räuber.
Theater des Zentrums.
Sophien - Ecke, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um Fünfe
v. Kren u. Lipphold, Musik v. B. Lindt.
Anfang 8 Uhr. Kleine Orchester.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Schauer
Friedrichstr. 1.

Neunter Verbandstag der Friseurgehülfen.

Der im Jahre 1889 gegründete Verband der Friseurgehülfen Deutschlands hält gegenwärtig in Bremen seinen 9. Verbandstag ab. (Der Titel ist zusammengesetzt aus Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehülfen.) Die in den besonderen Berufsverhältnissen wurzelnden Schwierigkeiten, welche der Ausbreitung der Arbeiterorganisation in diesem Gewerbe entgegenstehen, sind ziemlich bekannt. Eine händige „Verjüngung“ der Gehülfen infolge der Lehrlingszucht, ein „patriarchalisches“ Arbeitsverhältnis, bestehend in dem Zwang, beim Arbeitgeber Kost und Logis zu nehmen, dem Trinkgeldwesen usw.

Das Projekt einer Verschmelzung mit dem Verbands der Damenfriseur- und Perückenmachergehülfen scheiterte daran, daß bei Auflösung dieser Sonderorganisation nichts mehr zu verschmelzen war. Die Mutationen überwiegen bei den Arbeitern letzterer Berufsgruppe noch so sehr eine reale Auffassung der Dinge, daß der „Simplizismus“ sich dieses Stoffes bereits bemächtigt hat. Unter den Barbiergehülfen sieht in der Regel nicht viel besser aus. Dennoch hat der wachsende Einfluß der Organisation auf der Gegenseite den Gründungsplan eines gelben Verbandes der „in der Innung organisierten“ Gehülfen gezeitigt; bis jetzt ist nichts daraus geworden.

Der Vorstandsbericht weist in der Einleitung auf folgendes Vorkommnis hin: Im Kaufhaus des Westens in Berlin wurde ein Friseursalon eingerichtet. Dies veranlaßte den Barbier-Innungsbund auf die Tagesordnung seines im Juli d. J. ebenfalls in Bremen abgehaltenen Kongresses den Punkt zu setzen: „Stellungnahme gegen die Errichtung von Friseurgeschäften in Warenhäusern.“ Gegen den Inhaber des betreffenden Betriebes, welcher Mitglied der dem Bunde angeschlossenen Hamburger Innung ist, konnte der Bund nichts unternehmen, auch gegen den Betrieb selbst nicht das mindeste einwenden, weshalb er, um das Handwerk nicht ungerichtet zu lassen, folgenden Beschluß in dieser Frage faßte:

„Zur Abwehr gegen die in den Warenhäusern errichteten Friseurgeschäfte sollen die (Arbeits-) Nachweisebureauvorsteher angewiesen werden, ihr Augenmerk auf die in den Warenhäusern beschäftigten Gehülfen zu richten.“

Der Innungsbund befehligt leider die Arbeitsvermittlung fast vollständig und hat so in Verbindung mit dem den Gehülfen aufgedruckten Attest- oder Kontraktbuch einen, wie er es selbst bezeichnet, „vorzüglichen Erkennungsdienst“ über die Gehülfen. In Wäntern, wie dem „Reich“, hat der Bund das „Reichs-Arbeitsblatt“ gerügt, daß es die vierteljährliche Erhebung des Gehülfenverbandes über die Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder veröffentlicht. Die Angaben des Verbandes seien falsch und die Ziffern des Bundes über die Arbeitsvermittlung einzig maßgebend. Der Vorstandsbericht geht dieser Darstellung auf den Grund. Im letzten Jahre zählte der Bund 19 220 Mitglieder, welche 10 884 Gehülfen und 9087 Lehrlinge beschäftigten. In der Zeit von 1901 bis 1907 beschäftigten die Innungsmittelglieder durchschnittlich 10 769 Gehülfen pro Jahr, während 27 967 Gehülfen bei den Arbeitsnachweisen des Bundes Stellung alljährlich suchten und 19 198 Gehülfen solche nachgewiesen erhielten. Mit Recht weist der Bericht darauf hin, daß zwischen Stellung nachgewiesen erhalten und solche tatsächlich erhalten ein kleiner Unterschied ist. Und doch konnte 8769 Gehülfen im Jahresdurchschnitt von dem Bunde Stellung nicht einmal nachgewiesen werden. Die Arbeitsnachweisziffern des Innungsbundes bestätigen durchaus die Richtigkeit der Arbeitslosenziffern des Verbandes, die seit 1905 30 bis 46,8 Fälle von Arbeitslosigkeit

zeit pro 100 Mitglieder ergeben, während die Durchschnittsziffer bei allen der Berichterstattung an das „Reichs-Arbeitsblatt“ angeschlossenen Verbänden mit 782 000 bis 1 484 000 Mitgliedern zwischen 5,9 und 8,9 Proz. schwankte. Vier Arbeitsnachweinstellen des Verbandes konnten in der ersten Hälfte dieses Jahres nur 631 feste Stellen vermitteln, dagegen 5195 Ausfühlfstellen. Auf Grund der einzig maßgebenden Ziffern des Innungsbundes berechnete Dr. Sander, daß die Anzahl der von dem Bunde ausgebildeten Lehrlinge den vorhandenen Bedarf im Durchschnitt um das Fünffache übersteigt. Das ist die Ursache der Arbeitslosigkeit unter den Gehülfen wie auch der Ueberhandnahme der Konkurrenz, der Zersplitterung des Gewerbes in eine Anzahl wenig rentabler Zweigbetriebe. Den Folgen der Lehrlingszucht, den Niedergang des Gewerbes suchen die Selbständigen seit einem Jahrzehnt durch Preiserhöhungen zu begegnen. Alljährlich petitioniert man aufs neue um die Aufhebung des § 100g der Gewerbeordnung, der den Zwangsinnungen die Preisbestimmung verbietet. Die Preiserhöhungen der Meister veranlassen in den meisten Fällen die Lohnbewegungen der Gehülfen, und wo diese nicht Wirkung einer Preiserhöhung waren, waren sie Ursache hierzu.

Von den etwa 50 Verbandsorten waren 1906 an 25 Orten, und in diesem Jahre an 29 Orten Lohnbewegungen; in sechs Fällen als Fortsetzung der vorjährigen Bewegungen. Die Forderungen betrafen vielfach die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, welche nur sehr schwer durchzuführen ist. In Berlin beschränkte man sich zunächst auf die Gehülfen noch nicht einmal, die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges zu fordern. Bei der verhältnismäßig noch großen Schwäche der Organisation und der großen Zahl stellungloser Gehülfen, die in den Großstädten stets vorhanden sind, wie auch bei der Entbehrlichkeit der Gehülfen in den kleineren Geschäften unter der Woche, kommt der Streik als Kampfmittel bei den Friseurgehülfen noch wenig in Betracht. In der Berichtsperiode (vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907) waren nur an sechs Orten Streiks zu verzeichnen, und zwar vier im vorigen und zwei in diesem Jahre. Die Zustimmung des Vorstandes hatte nicht einer dieser Streiks gefunden, teilweise wurde sie erst gar nicht nachgesucht. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Vorkauf, eventuell in Verbindung mit fliegenden Barbierstuben — die sich jedoch neuerdings der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen haben — das wirksamste Kampfmittel der Friseurgehülfen. Naturgemäß müssen die Wohlthatbewegungen sich auf die von der Arbeiterschaft frequentierten Betriebe beschränken, was ganz dem Umstand entspricht, daß die in den sogenannten besseren Geschäften tätigen Gehülfen auf die Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen verzichten. Der Bericht konstatiert nun aber, daß auch die Wohlthatbewegungen mehr und mehr an Wirkung verlieren und zwar in dem gleichen Maße, als der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Barbier- und Friseurgeschäfte sich verringert, da die Zahl der ohne Gehülfen arbeitenden Selbständigen in den Arbeitervierteln in ständiger Zunahme begriffen ist.

Der Streik in diesem Gewerbe ist also nicht etwa überflüssig, sondern noch nicht möglich. Mit verschwindenden Ausnahmen waren die Lohnbewegungen in allen Fällen erfolgreich durch Erhöhung der Mindestlöhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Der Erringung des Acht- uhr-Ladenschlusses steht im Wege, daß die Gewerbeordnung keine Handhabe bietet, eine bestimmte Schluszeit durch Abstimmung der Geschäftsinhaber auf behördlichem Wege herbeizuführen. Freiwillige Vereinbarungen läßt der Konkurrenzneid nur selten zu. Anders steht es um die Festlegung des Ge-

schäftschlusses an Sonn- und Festtagen, die auf Grund des § 41b der Reichs-Gewerbeordnung erfolgen kann.

In einer am 25. April d. J. an den Reichstag und Bundesrat gerichteten Eingabe des Verbandes zur Regelung der Arbeitszeit wird eine Arbeitszeit von durchschnittlich 70 Stunden wöchentlich festgesetzt bei Abzug des freien Wochenmittags nach länger als dreistündiger Sonntagsarbeit. Ferner wird gerügt der Mangel irgendwie bestimmter Essenspausen. Gefordert wird eine Einschränkung der Beschäftigung an Wochentagen durch Festsetzung des Beginns der Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens und deren Beendigung nicht nach 8 Uhr abends, Sonnabends nicht nach 10 Uhr, Geschäftsschluß an Sonntagen um 12 Uhr mittags, vollständige Betriebsruhe an den drei zweiten hohen Festtagen, und endlich die Anordnung einer einständigen Mittagspause.

Die Agitation für den Verband wurde recht eifrig betrieben — verfuhrsweise waren zwei Gauleiter tätig — was allein schon die dafür aufgewandten Kosten in Höhe von 12 556 M., bei einer Gesamteinnahme der Hauptkasse im Betrage von 47 100 M., erkennen lassen. Deutlicher veranschaulicht dies indes die Ueberfülle über die Aufnahmen und Beitragsleistungen. Es folgten 5013 Neuaufnahmen und 85 Wiederaufnahmen, gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode ein Mehr von 1566. Die durchschnittliche Höhe des Mitgliederstandes (berechnet nach 52 Wochenbeiträgen) stieg von 664 auf 1202. Am 30. September 1906 waren 617, am 30. Juni 1907 1483 vollgültige Mitglieder im Verband. Der Hauptteil des Zuwachses von 666 mit 406 Vollzahlenden entfällt auf 1906/06, und nur ein Zuwachs von 261 auf das Geschäftsjahr 1906/07. Verschiedene größere Zweigvereine, Berlin an der Spitze, hatten einen Rückgang im letzten Geschäftsjahre zu verzeichnen, der durch die in München, Stuttgart, Leipzig und Hamburg erzielten Fortschritte nicht wettgemacht werden konnte. Die Zahl der vollgültigen Mitglieder ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Zahl der Mitglieder überhaupt, welche am Schlusse des 2. Quartals 1907 2200 betrug. Die auffallend große Differenz zwischen der Zahl der neu aufgenommenen und der verbliebenen Mitglieder wird nur erklärlich durch die kolossale Fluktuation, die Unbeständigkeit der Gehülfen, dann aber auch durch die staunenwerte Gleichgültigkeit der jungen Deutschen in Verbindung mit ihrer Bevormundung durch die Arbeitgeber. — Das Organ des Verbandes, die „Friseurgehülfen-Zeitung“ erscheint seit 1906 dreimal monatlich. Der Inseratenteil wurde aufgegeben. Das Blatt erschien in 57 Nummern mit einer Gesamtauflage von 206 000 Exemplaren. Da die Zeitung hauptsächlich der Agitation mit dient, stieg die Auflage pro Nummer von 2000 auf 3800 Exemplare, sank jedoch wieder auf 3600. Der Bericht konstatiert, daß bezüglich der Haltung des Organs Meinungsverschiedenheiten nicht vorhanden waren; dem Niveau der sogenannten besseren Kollegen könne die Schreibweise sich nicht anpassen, da es nicht die Interessen von Friseurgehülfen, sondern die der Arbeiter des Gewerbes betreffe. Der Barbier- und Friseurgehülfe sei allerdings noch kein Arbeiter in modernem Sinne, müsse vielmehr durch die Organisation und deren Organ erst dazu erzogen werden.

Die internationalen Beziehungen hatten die Veranstaltung einer Konferenz zur Folge, welche die Schaffung eines internationalen Sekretariats beschloß, das mit dem 1. Januar 1908 in Aktion tritt mit sechs angeschlossenen Landesorganisationen. Alles in allem zeigt der Bericht, daß die Organisation auch in dem so sehr rückständigen Barbier- und Friseurgewerbe erfreuliche Fortschritte macht.

Vorzugs-Preise.

Felle u. Fellteppiche

Nur so lange Vorrat reicht.

echt chinesische Ziegenfelle
in grau, weiss, welf- und braunfärbig
a 10, 8,50, 6,75 und **3 M.**

Angora-Lammfelle
schneeweiss, besonders lockig und langhaarig,
80x175 gross, 10,50 u. **9 M.**

Echt sibirische Wölfe
mit Kopf u. Ohren
a 30, 25, 20, 18 und **12,50 M.**

Dingoellenteppiche
mit Futter, wattiert,
a 15, 12, 10 und **6 M.**

Echt englische Angorafelle
besonders langhaarig,
mit Seidenglanz, in allen existierenden Farben,
a 15, 12,50, 10, 8 und **6 M.**

Kerner große Auswahl in echten Fellen m. Kopf u. Gebiß, wie Braunbär, Tiger, Panther, Fuchs u. Bama-Löwe, sowie alle Arten echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlittenbeden, Fell-Fußtische, Fellstühle, Jagd-Mäntel, Fell-Diwanbeden und Fell-Vorlagen mit Fußtasche

Teppich-Haus

B. Hurwitz

Rotes Schloss

vis-à-vis dem National-Denkmal.
Partierre und 1. Etage.

Winter-Joppen

Tausende Exemplare.

Warme Lodenstoffe mit molligen Futterarten. Praktische Fassons mit doppeltem, breitem Brustüberschlag.

Nur eigene Erzeugnisse!

24.-, 21.-, 18.-, 15.-
13,50, 12.-, 10.-, 7,50

6.- Mk.

Winter-Bosen

Tausende Exemplare.

Gute, moderne Stoffe. Vorzüglicher Schnitt. Enorm grosse Abwechslung in Mustern.

Nur eigene Erzeugnisse!

15.-, 13,50, 12.-, 11.-, 10.-
9.-, 8.-, 7.-, 6.-, 5.-

4.50 Mk.

Dieke Reise-Mäntel.
Automobil-Mäntel.
Wagen-Wetter-Mäntel.
Winter-Pelerinen.

Pelz-Joppen

Starke Stoffe, durchweg mit Pelzfutter

Nur eigene Erzeugnisse!

45.-, 36.-, 27.-, 21.-

15.- Mk.

Vornehme Mass-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes.

Chausseestrasse 29/30 * 11 Brückenstrasse 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 32 (Neueste Moden 1907-08) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Jede Dame lese!

Nach besonderer Engros-Saison infolge der ungünstigen Witterung Einzelverkauf zu fabrikhaft billigen, festen Fabrik-Preisen.

Jacketts kolossale Auswahl
a 4⁷⁵ bis 29 M.

Paletots schwarz u. engl. Stoffe
a 8⁷⁵ bis 40 M.

Capes in allen Längen
a 6²⁵ bis 34 M.

Liftboys 8⁷⁵ bis 30

Sportbröcke a 2⁵⁰ bis 18 M.

Abendmäntel - Tanzstunden-Capes
Riesenauswahl in allen Größen und Preislagen.

Fabrik Pelz, 50 Kurstraße 50
Sonntags geöffnet - Vorzeiger dieser Annonce 5 Proz. Rabatt.

Kölner Lotterie.

Ziehung 30. November in Berlin.
Gesamtgew. W.:

80 000 M.

Hauptgew. W.:

10 000 M.

80 % bar Geld

für jeden Gewinn werden sofort bei mir ausbezahlt.

Lose a 1 M., Porto u. Liste 30 Pf.

Berliner Vogel-Lose
11 Stck. 5 M., a Stck. 50 Pf.,
Porto u. Liste 30 Pf.

Gustav Haase
Berlin, Neue Königstr. 65.
Gegründet 1878.

Goldblondchen

alkoholfreies Erfrischungsgetränk.

In bezug durch die meisten

Bierverleger und Mineralwasserfabrikanten

Generalvertrieb: **Ernst Krüger, G. m. b. H., Höchstestr. 28.**

Spottbillig!!

Land- u. Waldparzellen
mühevoll gelegen, nahe Bahnhof

Frederdsdorf (Spreewald)

□ R von 7 Mark an.
Nieschulke & Nitsche,
Rue Königin 16.

